



forum

Politik, Gesellschaft und Kultur in Luxemburg –
zusammengestellt für den Unterricht

papers



Was ist forum ?

forum ist eine luxemburgische Autoren- und Debattenzeitschrift.

Das Magazin bietet einen öffentlichen Raum, in dem sowohl junge als auch etablierte, professionelle und nicht-professionelle, akademische und nicht-akademische Stimmen ihren Platz finden. Die Zeitschrift funktioniert als offenes Netzwerk. Wer Interesse hat, ist herzlich eingeladen, an den Redaktionssitzungen teilzunehmen.

forum verfolgt das Ziel, die Veränderungen der luxemburgischen Gesellschaft kritisch und konstruktiv zu begleiten. Die Zeitschrift ist politisch und weltanschaulich unabhängig. Sie besteht seit über 40 Jahren.

forum organisiert unter dem Label public forum sehr zugängliche Veranstaltungen, wo aktuelle Themen gemeinsam mit Experten und Publikum diskutiert werden. Darüber hinaus veröffentlicht *forum* jede Woche einen Newsletter u.a. mit einer aktuellen Kinokritik (*forum_C*). Informationen über die Arbeit von *forum* und ein vollständiges Archiv finden sich unter www.forum.lu. Dort kann man sich auch auf den *forum*-Newsletter einschreiben.

Was ist der Script ?

Der SCRIPT (Service de Coordination de la Recherche et de l'Innovation pédagogiques et technologiques) ist ein Institut des luxemburgischen Ministeriums für Bildung, Kinder und Jugend (MENJE). Der SCRIPT wurde per Gesetz am 7. Oktober 1993 gegründet und mit den Gesetzen des 6. Februar 2009 bzw. des 14. März 2017 reformiert und umstrukturiert. Der SCRIPT ist einer der Entwicklungsmotoren im luxemburgischen Bildungsbereich. Seine Missionen liegen in der Förderung, der Umsetzung und der Koordination pädagogischer Initiativen und innovativer Projekte. Zusätzlich ist der SCRIPT mit der Entwicklung und Produktion didaktischer Materialien für alle Schultypen befasst und aktiv an der Aktualisierung der curricularen Vorgaben beteiligt. Zudem unterstützt SCRIPT die Schulen in ihren Entwicklungsbemühungen und liefert verwertbare Daten zum Schulsystem.

Um diese Missionen zu erfüllen, kooperiert der SCRIPT mit vielen externen Partnern, national wie international. Mit der Neuorientierung und der Ausweitung seiner Aufgabenbereiche hat der SCRIPT seine nationale und internationale Vernetzung ausgebaut, so dass mittlerweile mehr als hundert Kollaborationen bestehen. Der SCRIPT unterstützt und realisiert Projekte im Bereich der angewandten (Bildungs-)Forschung. In diesem Kontext befindet sich der SCRIPT in direkter Zusammenarbeit mit mehreren Forschungsinstituten, um die wissenschaftlichen Aktivitäten im Bereich des luxemburgischen Bildungsmilieus zu koordinieren.

Um all den unterschiedlichen Aufgabenbereichen gerecht zu werden, ist der SCRIPT in sechs Abteilungen untergliedert:

- Division de l'innovation pédagogique et technologique
- Division de la coordination d'initiatives et de programmes pédagogiques
- Division du développement du curriculum
- Division du développement de matériels didactiques
- Division du traitement de données sur la qualité de l'encadrement et de l'offre scolaire et éducative
- Division du développement des établissements scolaires

forum papers

**Politik, Gesellschaft und Kultur in Luxemburg -
zusammengestellt für den Unterricht**

forum papers bringt eine Auswahl von Texten, die zum überwiegenden Teil der luxemburgischen Monatszeitschrift *forum* entstammen und hier für den Unterricht zusammengestellt wurden. Im Zentrum jeder Ausgabe steht ein aktuelles Thema, das aus verschiedenen, auch sehr persönlichen Perspektiven beleuchtet wird. Neben rezenteren Texten finden sich auch ältere *forum*-Beiträge, die zeigen, wie sich das Thema in den Jahren entwickelt hat. Komplettiert wird das Dossier durch ein Glossar sowie eine weiterführende Infographik.

Die Autoren sind größtenteils Leute, die in Luxemburg leben und die man auch gerne kontaktieren kann. Das Zielpublikum sind Lehrpersonen und Schüler und Schülerinnen.

forum papers ist eine Initiative der Zeitschrift *forum* in Zusammenarbeit mit dem SCRIPT (Service de Coordination de la Recherche et de l'Innovation pédagogiques et technologiques) des Bildungsministeriums.

Fragen, Anregungen und Kritik zu den einzelnen Ausgaben und zum Konzept sind willkommen. Bitte Mail an info@forumpapers.lu. Informationen zur aktuellen Ausgabe von *forum papers* und der dazugehörigen Infographik sowie ein Archiv der bislang vorliegenden Hefte finden sich unter www.forumpapers.lu.

Inhalt

Jürgen Stoldt : Überblick

3

Alles was zählt

Yannick Lambert : Geld, Schuld und Sühne

4

Alexander Feldmann : Vom Geld und unserem Denken darüber und darin

6

Max Hilbert : Eine Wachstumsdebatte ohne Grundlage

9

Pierre Gramegna : „Wir haben es trotz Aufgabe des Bankgeheimnisses geschafft, attraktiv zu bleiben“ (Interview)

13

Jan Vetter : Kryptowährung oder kryptisch und kaum bewährt?

19

Jürgen Stoldt : Friss oder stirb

23

Raymond Klein, Die Bretton Woods-Institutionen und die Dritte Welt

24

Jeff Schinker : Get off my bag – Vers une éthique de la voracité

29

Infographik

32

Luc Belling / Marc Birchen : AAA, eine Erläuterung der Infographik

34

Yannick Lambert : Glossar zum Dossier

36



Fernando Alves est diplômé de l'Académie Royale des Beaux-Arts de Bruxelles en Communication visuelle et Lauréat du Prix d'Excellence de la Ville de Bruxelles en 2016 pour son travail artistique. Actuellement, il enseigne l'éducation artistique au Lycée de Garçons d'Esch et continue son activité de freelance dans le domaine du graphisme culturel. Pour lui, le graphisme est un outil de communication qui transmet des messages et des émotions ainsi que des histoires à travers des symboles. Préférant créer des images intrigantes et bizarres, son projet artistique est de concevoir un hybride entre l'art et le design tout en questionnant l'identité de l'objet et celle de l'artiste. Ainsi pour le designer, l'image se perçoit comme dans un état de rêve où l'on n'est plus sûr de ce que l'on vient de voir mais où l'on sait que la réaction émotionnelle a laissé des traces.

La couverture de ce numéro de *forum papers* a été élaborée en dialogue avec l'équipe du magazine. L'accent a été mis sur la volatilité de la valeur de l'argent en tant que monnaie physique qui risque de partir en fumée. Et pendant ce temps derrière les coulisses, la crypto-monnaie se pose sur les fondements d'une société qui accepte la dématérialisation en faveur de la digitalisation. La question que le designer soulève est de savoir si cette monnaie digitale vient agir en tant que héros ou ennemi caché.

Überblick

Das vorliegende Dossier versucht den Begriff des Geldes in seinen verschiedenen Formen, als physisches Bargeld, als Wirtschaftssystem, als historisches Zahlungsmittel, als Kryptowährung und nicht zuletzt als Glaubenskonstrukt zu analysieren, um der Vielschichtigkeit des Phänomens gerecht zu werden.

Nach einer Einführung durch Yannick Lambert analysiert und dekonstruiert Alexander Feldmann den Begriff des Geldes sprachphilosophisch und als Ideologie. Max Hilbert zerlegt die Entwicklung der Zinswirtschaft philosophisch und historisch – und zeigt auch Alternativen auf.

Im Interview mit Finanzminister Gramegna besprechen wir die luxemburgische und europäische Handels- und Finanzpolitik, sowie die Entwicklungen des Finanzplatzes.

Jan Vetter erklärt das Phänomen der Kryptowährungen und beschreibt die Fintech-Szene in Luxemburg. Daneben erläutert er kurz die Probleme der ‚sustainable finance‘ und hebt Südafrika als Modell lobend hervor.

Zwei Artikel stammen aus dem Archiv: Jürgen Stoldt setzt sich in seinem Beitrag vom November 2012 mit der Niederlassung in Luxemburg des griechischen Joghurt-Herstellers Fage mitten in der griechischen Staatsschuldenkrise auseinander.

Aus der April-Ausgabe von 1994 stammt ein Artikel von Raymond Klein, der die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds im Kontext des 50jährigen Jubiläums der Gründung beider Institutionen eingehend beleuchtet.

Exklusiv für diese Ausgabe von *forum papers* steuert Jeff Schinker einen Artikel bei, in welchem er sich mit dem Verhältnis von Macht und Geld in der jüngeren Literatur auseinandersetzt.

Die Infographik zum Thema Geld und der entsprechende Erklärungstext liefern einen statistischen Einblick zum Thema. Ein Glossar von Yannick Lambert rundet das Dossier ab.

Jürgen Stoldt

Yannick Lambert

Geld, Schuld und Sühne

Einführung ins Dossier

Geld ist ein integraler Bestandteil unseres Lebens, dessen Existenz genauso hingenommen wird, wie die Notwendigkeit des Atmens. Dass Geld jedoch eine Geschichte hat und sich im Laufe der Epochen wandelte, wird deutlich, wenn man den modernen Entwicklungen, etwa vom Bargeld weg hin zum digitalen Zahlungsmittel, im Alltag begegnet. Dass Geld einen Ursprung hat, darüber wird noch seltener nachgedacht. Eine einfache Definition des Geldes ist, dass damit jedes allgemein und z.T. gesetzlich anerkannte Tausch- und Zahlungsmittel gemeint ist. Geld ist somit das Bindeglied, um Waren und Dienstleistungen zu erlangen. Ist diese Definition hinreichend?

Wenn man sich Geld bildlich vergegenwärtigt, denkt man vielleicht immer noch an Münzen und Scheine. Insbesondere Münzen begleiten uns schon länger – die ersten wurden im alten Lydien (heute Westtürkei) und im alten Südasien im 6-5 Jhr. v. Chr. verwendet. Jedoch war Geld nicht das erste physische Zahlungsmittel. Kerbhölzer (zu English ‚tally stick‘, Zählstab), sind schon um 30.000 v. Chr. attestiert und dienten dazu, Schuldverhältnisse oder zumindest Quantitäten sicher zu dokumentieren. Auch gab es vor den Münzen schon im alten Ägypten, Indien und China Symbole, die einen gewissen Wert oder eine Quantität von Gegenständen, etwa in einem Lager, ausdrückten. Als solche konnten diese Zertifikate

gegen Gegenstände eingetauscht oder auch auf einem Markt verkauft werden. Geld ist also nicht nur Tauschmittel, sondern auch Wertaufbewahrungsmittel und Rechenmittel.

Auch das Papiergeld hat eine Geschichte. Das erste Papiergeld wurde in China in der Song-Dynastie im 11. Jahrhundert nach Christus verwendet. Durch die Reisen von Marco Polo u.a. gelangte es im 13. Jahrhundert nach Europa, wo es erst später, im 15. Jahrhundert, richtig in Umlauf kam. Durch den Scheckhandel im Mittelalter kam immaterielles Geld, auch ‚Giralgeld‘ genannt, in Gebrauch, das durch in den Banken deponierte Münzen oder Gold seinen Wert erhielt. Die Entwicklung der Lombard-Kredite stellt den Beginn der modernen Geldwirtschaft dar.

Man könnte also eine Entwicklung vom Materiellen zum Immateriellen behaupten – eine vielfach angeführte Theorie besagt, dass Geld in Form von Münzen den Tauschhandel historisch und logisch ersetzte. Der amerikanische Anthropologe David Graeber meint jedoch in seinem Werk *Debt: The First 5000 Years*, dass es für einen konkreten Übergang von Tausch- zu Geldhandel überhaupt keine Quellen, weder archäologischer noch textlicher Art, gibt. Er theorisiert im Gegenteil, dass frühe Agrargesellschaften auf Geschenkbasis funktionierten. Durch gegenseitige Geschenke schuldete man

sich Waren und Dienstleistungen. Als diese Gesellschaften komplexer wurden und damit auch die gegenseitigen Schulden, wurde Geld als abstrakte Einheit eingeführt, um diesen Schuldverhältnissen gerecht zu werden. Graeber postuliert somit den Ursprung des Geldes im Ideellen und nicht im Materiellen, wie es die übliche Geschichtsschreibung tut. Ob Geld also seinen Ursprung in der Tausch- oder in der Schuldwirtschaft hat (und somit ein Tausch- oder ein Schuldmittel ist), ist nicht klar, und wegen der Quellenlage, schwer zu ermitteln. Wenn man mit Graeber übereinstimmt, dann war das Geld immer schon eine abstrakte Sache – und die moderne Entwicklung vom frühmodernen Giralgeld bis zum modernen Geld, dass nur noch wirklich als Zahl auf Servern anzufinden ist, scheint nur die wahre Natur des Geldes zum Ausdruck zu bringen. Der deutsche Soziologe Georg Simmel führte in seiner *Philosophie des Geldes* aus, dass die Moderne durch die Herrschaft des Geldes von einer kalkulierenden und abstrakten Rationalität bestimmt wird. Eine andere, ältere Theorie besagt, dass der Ursprung des Geldes im Sakralen, genauer im Opferkult, zu suchen ist. Laut den Theorien des Altertumsforschers Bernhard Laum ersetzte das Geld in der Iliade, der Odyssee und im gesamten antiken Mittelmeerraum nicht den Tauschhandel, sondern die im Ritual verwendeten Opfergaben. Rinder galten im alten

Griechenland nicht als Tauschobjekte, sondern als Opfergaben und wurden vom Geld ersetzt.

Der Begriff *obelos* für eine Art Silbermünze bezeichnet ebenso einen Speiß, mit dem das zu opfernde Fleisch gebraten wurde. Etymologisch kann ‚gelt‘ auch Vergeltung, Entgelt und Opfer bedeuten. Ebenso ist *Moneta* ein Beiname der römischen Göttin Juno, in deren Tempeln die Münzen des alten Roms geprägt wurden

– daher auch Worte wie Münze, Moneten und *monnaie*. Zweifelsohne umgibt das Geld eine numinose oder sakrale Aura. Es ist omnipräsent, aber doch schwer zu fassen. Nur wenige reden gerne von ihrem Kontostand und es gehört nicht zu den guten Manieren, jemanden danach zu fragen. Auch auf staatlicher Ebene werden das Geld und seine Ursprünge gerne versteckt – der französische Ökonom Gabriel Zucman spricht daher auch von einer *richesse cachée des nations*. Nicht zuletzt

drückt es auch einen Wahrheitsgehalt aus. Wenn etwas ‚gilt‘, dann stimmt es mit einem wahren Sachverhalt überein. Geld kann nur als interpersonales, sozial konstruiertes und verbindendes Mittel wirksam sein – nicht anders als unsere Konsensrealität insgesamt – was es aber genau damit auf sich hat, bleibt schleierhaft. In seiner digitalisierten Form und auch in seiner Manifestation als *Kryptowährung* scheint sich das Geld wie die Göttin Isis mit immer mehr Schleiern zu verbergen.

Zum Einlesen

David Graeber, *Debt, The First 5000 Years*, New York, Melville House, 2011.

Bernhard Laum, *Heiliges Geld: Eine historische Untersuchung über den sakralen Ursprung des Geldes*, Stuttgart, Semele Verlag, 2006.

Sigrid Weigel/ Mammon, Obolus, „Ablass. Von der Geburt des Geldes aus dem religiösen Kult.“ In: Liselotte Kugler/ Georg Isenbort/ Marion Grether (Hg.): *Die Sprache des Geldes.*, Bd. 30. Leipzig: Pro Leipzig 2009, S.240-249.

Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, Frankfurt, Suhrkamp Verlag, 2011.

T. W. Baxter. "Early Accounting, The Tally and the Checkerboard" in *The Accounting Historians Journal*. 1989, 16: 43-83.



Alexander Feldmann

Vom Geld und unserem Denken darüber und darin

Keine Festung ist so stark, dass Geld sie nicht einnehmen könnte¹

Marc Tullius Cicero

Geld, kommt aus dem althochdeutschen *Gelt* und bedeutete Lohn, Zahlung, Vergeltung und zu gelten. Würde man auf der Straße fragen, was „Geld“ ist, bekäme man vermutlich Antworten wie: „ein gesetzliches Zahlungsmittel“, „der Inhalt meines Portemonnaies“, „ein Wert“.

Damit wäre jedoch die Frage beantwortet als was Geld gilt und nicht was es ist. Geld ist so selbstverständlich, dass wir in der Regel nicht darüber nachdenken. Wagen wir das. Zuerst scheint es geboten, die Wirtschaftswissenschaften danach zu befragen, was Geld ist. Zumindest ihr sollte eine Antwort auf diese Frage keine Probleme bereiten.

Die Ökonomie und das Geld

Die gängige Lehrbuchökonomie scheint klar und gibt eine zweifellos einfache wie einleuchtende Antwort, so zum Beispiel im weltweit millionenfach verkauften Standardwerk *Principles of Economics* von N. Gregory Mankiw:

„Money is the set of assets in an economy that people regularly use to buy goods and services from other people. Money has three functions in the economy: It is a medium of exchange, a unit of account, and a store of value.“²

Die Standardökonomik beantwortet die Frage nach dem, was Geld ist, also die

Frage nach seinem Wesen, rein deskriptiv und funktional. Es drängt sich die Frage auf, ob die Wirtschaftswissenschaft hier nicht etwas leichtfertig mit einer ihrer großen Fragen, vielleicht sogar ihrer größten, verfährt. Soll das alles sein? Drei Funktionen hat das Geld. Punkt.

Zyniker werden unterstellen, dass diese Antwort eine effizienzoptimierte ist und die Ökonomie als „präzise Wissenschaft“ die für sie unangenehmen Teile der Antwort auf die Frage nach dem Wesen des Geldes kurzerhand an die Philosophie „geoutsourced“ hat.

Der dieses Jahr verstorbene Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger zeigte bereits in seiner Habilitationsschrift von 1969 Markt und internationale Währungsordnung auf, dass der angebliche „Numéraire“³ Geld in keiner seiner tatsächlichen ökonomischen Funktionen im Rahmen der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts abgebildet wird und dass vorhandene Versuche seiner Verknüpfung mit den realen Austauschprozessen fehlschlagen.⁴ Nach der Ökonomin Silja Graupe ist Geld in der Ökonomie ein Denkwang.

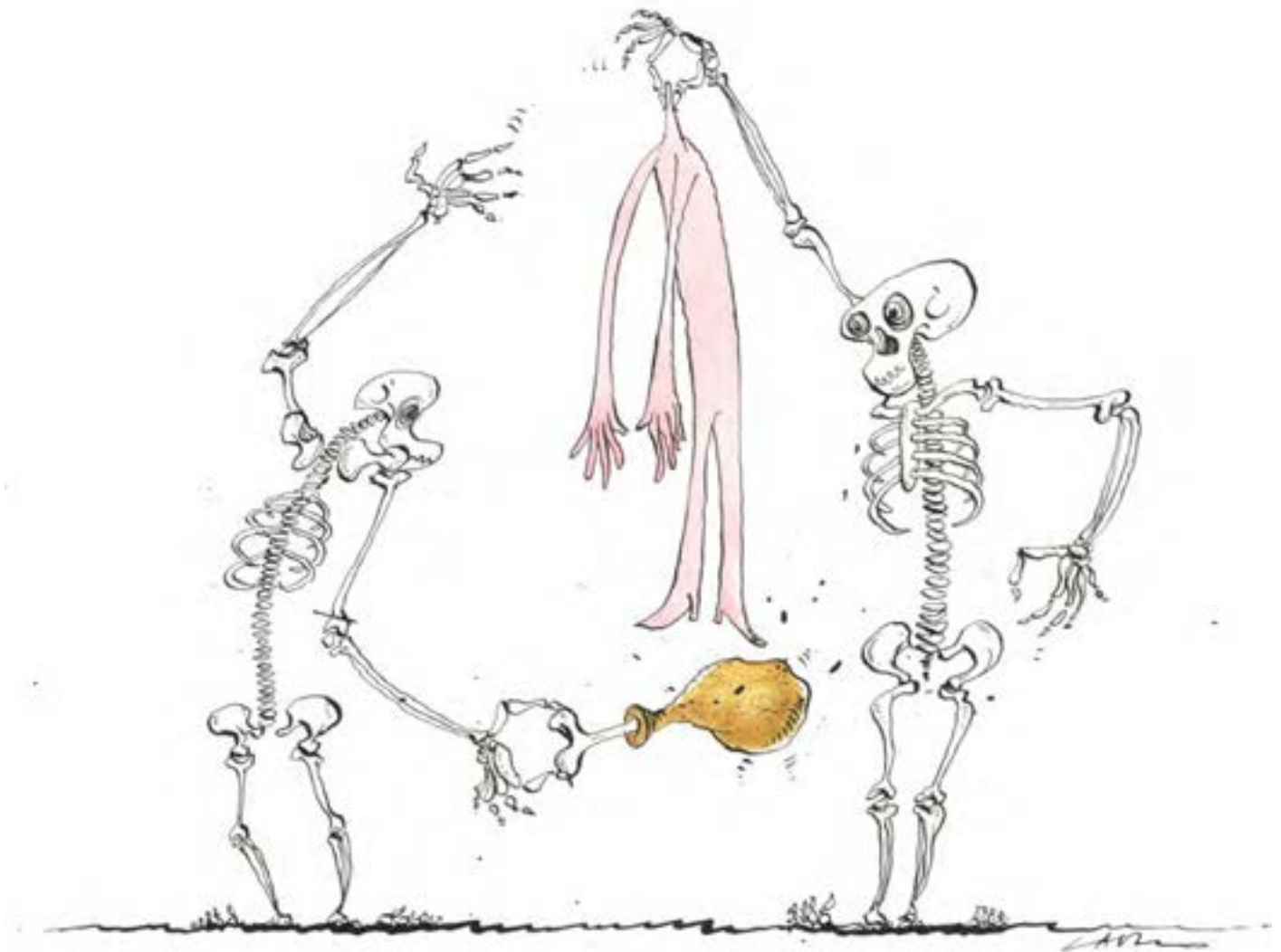
Denn unsere Wirtschaftswissenschaft setzt die Existenz von Märkten voraus und damit Preise und Geld.⁵ Der Kreativitätsforscher und Volkswirt Karl-Heinz Brodbeck drückt diesen Irrtum über den eigenen

Forschungsgegenstand in der Ökonomie wie folgt aus:

„Das *Was* des Gegenstandes, den eine Wissenschaft behandelt, geht ihr immer voraus; sie stellt es nicht in Frage. Die Ökonomie in ihrer modernen Form ist das, was Aristoteles die Chrematistik, die Lehre von der Kunst des Gelderwerbs nannte. So wie aber die Physik nicht als Physik mit physikalischen Mitteln erklärt werden kann, so kann auch die Wissenschaft vom Geld nicht mit einer Chrematistik erkannt werden. Das ist der tiefere Grund, weshalb die Ökonomie daran gescheitert ist, ihren eigentlichen Gegenstand – das Geld – zu erklären.“⁶

Wir halten also fest: Die Ökonomie setzt ihren eigentlichen Gegenstand voraus, statt ihn zu untersuchen. Darin, dass die Ökonomie und mit ihr fast alle Menschen sich über das Wesen des Geldes keine tieferen Gedanken machen, liegt auch ein tiefer Erklärungsansatz der großen Wirtschaftskrisen der Moderne. Mangels einer allgemeingültigen Antwort, die dem Wesen des Geldes Rechnung trägt, wenden

Alexander Feldmann hat nach einem Studium des Wirtschafts- und Umweltrechts in der Branche der Erneuerbaren Energien gearbeitet. Heute verfolgt er ein Studium der Ökonomie und Philosophie an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues. Neben seinem Studium arbeitet er bei etika asbl Initiativ für Alternativen Finanzierung und ist dort zuständig für Bildungsarbeit und Interessenvertretung.



wir uns nun einem alternativen Antwortversuch zu.

Geld als Denkmodell

Der bereits zitierte Ökonom Karl-Heinz Brodbeck hat in langjähriger philosophischer Auseinandersetzung mit dem Geld eine These entwickelt, die hier kurz nachgezeichnet werden soll. Er ist der Auffassung, dass „das Geld ein sozialer Prozess des Bewusstseins ist“.⁷ Geld sei in seiner physischen Dimension in Form von Münzen, Scheinen oder Kreditkarten nicht wirklicher als im Denken der Händler oder in Kategorien der Religion oder Mathematik. Denn der soziale Prozess, der als Geldrechnung erscheint, war nie getrennt vom Denken. Aber warum ist Geld beziehungsweise die Geldrechnung ein sozialer Prozess? Hier kann man Brodbeck antworten lassen: „zuerst war das Wort –

dann kam die Zahl“. Geld ist als sozialer „Urprozess“ nicht möglich ohne die Sprache, sie geht dem Geld voraus.

Die grundlegende Form der Vergesellschaftung ist die Sprache, andere Formen wie Geld vollziehen sich in ihr. Allein die Zeichen des Geldes – der symbolisierte Wert beruht auf vorgelagerten sozialen und sprachlichen Prozessen. Ein 10€-Schein, dessen Bedeutung niemand versteht, ist kein Geld. Der Wert des Geldes kommt nicht von dem Zeichen oder beispielsweise einer Golddeckung, sondern es ist der soziale Prozess des „Bedeutens“ selbst – „er ist damit weder am Ding noch im individuellen Bewusstsein, weder exklusiv im Objekt noch im Subjekt“.⁸ Geld als Denkform bedeutet also konträr zum Bestehen eines realen, exogenen, außerbewussten Geldes, dass sich der Prozess des Geldes als Denken manifestiert, dass sich der Bedeutungs-

halt des Geldbegriffes erst im Denkprozess definiert. „Das Geld ist in seinem 'Sein' also kein äußeres Ding, sondern der endlos vermittelte soziale Denkprozess der Rechnung in Geldeinheiten“⁹

Geld als Denkmodell und Form der Vergesellschaftung beruht stets auf der Anerkennung vieler Marktteilnehmer*innen. Das Geld gilt, weil es als Rechnungseinheit anerkannt wird. Wie? Dadurch, dass sie in ihm und mit ihm rechnen. Da dieser Prozess nicht bewusst geschieht, glauben Menschen Geld (als Ding) habe einen Wert, deshalb benutzen sie es. Inflation und wirtschaftliche Zusammenbrüche lassen diesen Glauben schwinden. Der Wert des Geldes ist also eine performativ zirkulär erzeugte soziale Illusion, deren Aufrechterhaltung für die Menschheit viel bedeutet – doch auch diese Münze hat zwei Seiten, wie noch zu zeigen bleibt.

Ratio regiert die Welt

Mit der Geldrechnung schleicht sich schrittweise neben der sprachlichen Vernunft, dem Logos, eine andere Bewusstseins- und Vernunftform in den menschlichen Geist. Es ist die Rechnung in einer abstrakten Entität – Ratio, was im römischen zunächst Rechnung, Rechnungslegung und Buchhaltung heißt, wird später Vernunft: Wer einen Grund für etwas angibt „legt Rechenschaft ab“. Es beginnt die Zeit der Ratio als vorherrschende Art der Vernunft. Man erblickt in der Welt überall die Herrschaft solcher Abstraktion: Die Zahl. Die in der Sprache liegenden Ideen werden im Denkprozess durch die Herrschaft der Zahl überlagert: Der Logos unterwirft sich der Ratio. Selbst Platon, der die Geldgier als Ausdruck der Leidenschaft bekämpfte, behauptet in seinem Spätwerk auf den Spuren der pythagoreischen Schule, dass alle Ideen letztlich Zahlen seien. Später versteht dann Thomas Hobbes gar rationelle Erkenntnis als Berechnung. Wenn Ideen letztlich Zahlen sind und diese rationell zu erkennen sind, scheint es kein Wunder zu sein, dass mehr immer besser ist. Der Wahn der Punktesysteme, Zahl der Likes und Klicks – schneller, höher, weiter – Quantität oder quantitative Bewertung über Qualität oder Charakter. „Die Welt als Zahl, ihre mathematische Deutung, das hat also eine sehr profane Quelle. Das Geld hat sich in den menschlichen Geist so tief eingenistet, dass seine Spuren – das rechnende Denken – gar nicht mehr erkannt werden“.¹⁰ Es ist kaum verwunderlich, dass die Ratio als berechnende Vernunft dem Logos als empathische sprachliche Vernunft den Rang abgelaufen hat. Denn die Zahl wie auch das Geld waren und sind noch immer verheißungsvoll. Beides ermöglicht, Mensch und Natur zu kontrollieren und Herrschaft auszuüben. (Ab)zählen ermächtigt, macht Welt er- und begreifbar. Mit Ratio als dominanter Vernunftsform, der Aufklärung und später der Industrialisierung hielt auch ein mechanistisches Weltbild Einzug in unser Denken. Die Welt und Gesellschaft als Maschine, dieses Weltbild ist streng zahlenmäßig, nur so ist es kontrollierbar.

Die innere Herrschaft des (be)rechnenden Denkens korrespondiert mit der äußeren Herrschaft des Geldes sowie mit der Igno-

ranz in Form der modernen, insbesondere Naturwissenschaft und deren Dominanz über die Natur. Die subjektive Ratio vollzieht eine scharfe Trennung von „rational“ und „irrational“ – auch gleichgesetzt mit vernünftig und unvernünftig. Das Irrationale ist dabei nicht, wie Sigmund Freud und seine Nachfolger meinen, nur das Unbewusste oder die dunkle Seite des Menschen, es ist lediglich „nicht-rational“ und damit eine andere, jedoch nicht per se minderwertige Form der Vernunft.

Rational = Vernünftig?

Wohin führt uns die Herrschaft der Zahl und des Geldes? Und wo ist eigentlich der Logos? Durch die Modernisierung, also die Überspannung unserer Welt mit einer kapitalistischen Wirtschaftsweise und Naturbeherrschung dringt die Ratio unaufhaltsam in die letzten Bereiche des Logos vor – ökonomischer Imperialismus ist analog zur Eroberung des Logos durch die Ratio. Dabei hinterlässt die Blindheit und Gefühlsarmut des kühlen berechnenden Verstandes eine tiefe Spur der Zerstörung in Mensch und Erde. Individualisierung, Klimawandel, soziale Ungleichheit, alles Konsequenzen der abstrakten Herrschaft des Geldes in Form der Ratio. Hierzu Brodbeck:

„Was mit leuchtenden Augen als Fortschritt und Modernisierung gepriesen wurde, war stets nur die verlockende Vorderseite eines Prozesses, dessen Rückseite aufgrund der dem Geld zugrunde liegenden abstrakten Gleichgültigkeit sich als Destruktion bewährt. Der monetäre Zugriff auf die Natur ist der wohl langfristig verhängnisvollste Aspekt dieses Prozesses, denn die Logik des Geldes kennt keine Grenze.“¹¹

Solange „rational“ gleichbedeutend mit „vernünftig“ gilt, können wir die Krise der Ratio, wie Brodbeck sie nennt, nicht lösen. Die entwickelten Programme, Modelle und Theorien zur Begegnung der Krisen unserer Zeit sind zumeist aus genau dieser Denkform entstanden – Zweck-Mittel-Rationalität, Messung und Berechnung. Das wohl eindrucksvollste Beispiel hierzu ist derzeit der Klimawandel und die Versuche, die Temperatur zu begrenzen: Hier wird gerechnet und ge-

prüft, CO₂ ist das Maß aller Dinge. Doch dieser Problemansatz, der noch mehr berechnet und erhebt, versteht nicht, dass er das eigentliche Problem ist. Ebenso wenig wie ein erweiterter technischer Zugriff wie beispielsweise der Versuch, CO₂ künstlich im Boden zu speichern. Einzig eine neue Bescheidenheit scheint Ausweg zu sein. Diese wünschenswerte Bescheidenheit ist notwendig zur Auflösung der global destruktiven Kräfte des Geldes und setzt nach Brodbeck eine neue Selbstreflexion der Vernunft voraus: Die Kritik der Ratio als Modus des Geldes. Dem Titel dieses Heftes entsprechend, ist also der Mensch mit seiner Ratio im Denkmodell Geld „alles was zählt“. Es ist an uns, zu entscheiden, ob wir alles zählen wollen und ob weniger rational zu sein, manchmal der vernünftige Weg ist.

1 2000: *Zitate für Manager*, ISBN 9783409116077, Seite 101, Gabler Verlag

2 N. Gregory Mankiw, *Principles of Economics*, 6th Edition, 2011, South-Western, Cengage Learning, Part X, Chapter 29, Page 620

3 Numéraire; in der Mikroökonomik das Gut, dessen Preis auf 1 normiert wird, um den Preis der übrigen Güter in Einheiten des Standardgutes auszudrücken (relativer Preis). <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/standardgut-42314/version-265665>, zuletzt aufgerufen am 29.05.2018

4 Hans Nutzinger, Roland Kley (Hg.) 2010: *Der Ökonom Hans Christoph Binswanger*, VGS St. Gallen, S. 122-143

5 Silja Graupe, Geld als Denkwang?, S. 122, *Geld! Welches Geld?* Metropolis 2016

6 Kar-Heinz Brodbeck, *Das Geld als Ratio*, S. 2, zuletzt aufgerufen am 02.06.2018 <http://kbrodbeck.homepage.t-online.de/ratio.pdf>

7 Kar-Heinz Brodbeck, „Geld als Denkform“, S. 24, *Geld! Welches Geld?* Metropolis 2016

8 Kar-Heinz Brodbeck, „Geld als Denkform“, S. 41, *Geld! Welches Geld?* Metropolis 2016

9 Kar-Heinz Brodbeck, „Geld als Denkform“, S. 41, *Geld! Welches Geld?* Metropolis 2016

10 Kar-Heinz Brodbeck, Geld als Ratio, <http://www.kbrodbeck.homepage.t-online.de/ratio.pdf>, zuletzt aufgerufen am 03.06.2018

11 Kar-Heinz Brodbeck, Geld und Sprache, Vortrag beim Top Management Symposium, 2.-4. Juni 2011, „Die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts!“, S. 14,

Max Hilbert

Eine Wachstumsdebatte ohne Grundlage

Wie unser Geldsystem und das Wirtschaftswachstum zusammenhängen und wie man sich mit anderem Geld aus der Wachstumsfalle befreien könnte.

Es ist schon erstaunlich. Ein jahrzehntelang währendes Dogma wird auf einmal hinterfragt: Das Wirtschaftswachstum, oder zumindest pauschal „das Wachstum“. Sämtliche Parteien lavieren irgendwie herum, sind für weniger, aber auch nicht zu wenig oder für irgendwie anderes Wachstum. Neoklassische Wirtschaftsmodelle behaupten, Geld sei neutral, sein Wesen beeinflusse die wirtschaftlichen Abläufe nicht. Damit geben sie auch zu verstehen, in der Analyse der Wirtschaft bräuchte man dem Geld keine Beachtung zu schenken. Selbst in der aktuellen Diskussion um das Wirtschaftswachstum in Luxemburg hat noch niemand den Zusammenhang zum Geldsystem hergestellt. Und somit wird die wohl am stärksten treibende Kraft hinter dem Wirtschaftswachstum übersehen. Selbst die Grundlagen fehlen.

Das Statec hat keine Daten zu den gesamten Geldvermögen in Luxemburg. Auch nicht zu deren Wachstum. Und daher natürlich auch nicht zum Zusammenhang zwischen Vermögenswachstum und Wirtschaftswachstum. In Luxemburg, wo Pri-

vateigentum fast schon heilig ist, scheint dies politisch nicht erwünscht zu sein.

Unter Geld stellt man sich spontan meistens Scheine und Münzen vor. Und die meisten Menschen glauben, die Zentralbanken würden das Geld schöpfen, also erschaffen. Tatsächlich sind es aber die normalen Geschäftsbanken, die dies tun. Wenn eine Bank einen Kredit vergibt, unterschreibt der Kreditempfänger, dass er der Bank die vereinbarte Summe schuldet. Die Bank schreibt ihm diese Summe dann gut und so ist neues Geld entstanden. Die Summe auf dem Konto des Kreditempfängers, bedeutet nichts anderes, als dass die Bank ihm wiederum diese Summe schuldet.

Ein Nullsummenspiel also, bei dem die Bank ganz einfach ihre Bilanz verlängert. Es ist also nicht so, dass die Bank, wie man oft glaubt und wie es in vielen Lehrbüchern beschrieben wird, einem Geld leiht, das jemand anders vorher eingezahlt hat. Nein, bei einem Kredit erschafft die Bank neues Geld.

Guthaben und Schulden sind die zwei Seiten ein und derselben Medaille. Und da Kredite bekanntlich mit Zinsen verbunden sind, und Geld also Kredit ist, ist die Bedingung für die Existenz unseres Geldes eine permanente Umverteilung von den Zinszahlern hin zu den Zinsempfängern.

Die Bank behält einen Teil des Zinsgewinns und gibt einen anderen Teil vor allem an ihre wohlhabenden Kunden weiter, die Einlagen bei ihr haben. Und die Geldvermögen wachsen ständig und durch den Zinseszins exponentiell. Und je mehr Guthaben es gibt, umso mehr Schulden gibt es.

Das niedrige Zinsniveau bremst derzeit das Vermögens- und das damit verbundene Schuldenwachstum. Dennoch kann man in einer langfristigen Betrachtung eine beständig wachsende Schulden- und vor allem Zinslast beobachten. Das bedeutet, dass eine ständig größer werdende Summe an Zinsen aus dem Bruttosozialprodukt heraus finanziert werden muss. Die Wirtschaft muss also wachsen, um die wachsende Zinssumme zusätzlich zu erwirtschaften. Wächst die Wirtschaft nicht, müssen dennoch wachsende Zinssummen gezahlt werden. Dies kann nur durch Einsparungen an anderer Stelle geschehen. „In der unvollständigen Welt, in der wir leben, [...] ist die Arbeitslosigkeit der Mechanismus, der die Ansprüche von Lohn- sowie Kapitaleinkommensbezieher, die in der Summe bisweilen höher als die gesamte Wertschöpfung sind, in Übereinstimmung bringt.“¹ Um die Schere zwischen jenen, die ihr Einkommen aus Arbeit beziehen und jenen, die ihr Einkommen aus Vermögen beziehen nicht zu weit auseinandergehen zu lassen, ist man also

Max Hilbert arbeitet für den Verein *De Kār* als Koordinator des Beki, Luxemburgs einzigem Regionalgeld. Als Student der Kommunikationswissenschaft begann er 2003 sich mit dem Geldsystem zu beschäftigen und verfasste zu dem Thema eine Bachelorarbeit zum Thema „Alternativen der Globalisierung“, eine Masterarbeit „Geld und Neoklassik“, sowie seine Magisterabschlussarbeit „Mystifizierung des Geldes“.

um Wirtschaftswachstum bemüht. Denn wenn die Summe an Zinsen wächst, die Wirtschaft aber nicht, kommt irgendwann der Moment, wo die gesamte Wirtschaftsleistung aufgebraucht wird, um die Zinsen zu zahlen. Nur wenn Zinssumme und Wirtschaftsleistung gleichmäßig wachsen, bleibt der Anteil der aus der Wirtschaftsleistung heraus zu zahlende Summe prozentual gleich.

Eine rezente empirische Studie² hat ergeben, dass das Wirtschaftswachstum maßgeblich vom Wachstum der Geldmenge durch Kreditvergabe an die Realökonomie getrieben wird und dass einem Wachstum der Wirtschaft ein Anstieg der Zinssätze folgt.

Man kann beim Wirtschaftswachstum also zwei Variablen identifizieren. Die Zinsen, die eine auf Wirtschaftswachstum fokussierte Politik „erzwingen“ um den sozialen Frieden zu bewahren und die Geldschöpfung, also die Kreditvergabe, welche das Wirtschaftswachstum und die Zinshöhe beeinflusst. Folgend soll gezeigt werden, wie man diese Variablen regeln könnte.

Neoklassische Wirtschaftstheorien gehen davon aus, dass Geld entweder gespart, also zinstragend investiert oder verkonsumiert wird. So steht es auf jeden Fall dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung und sorgt stets für eine ausreichende Nachfrage. Doch es gibt noch eine dritte Möglichkeit des Umgangs mit Geld. Man kann es horten und solange die Vorteile der Liquidität nutzen. Dieses Geld fehlt dem Wirtschaftskreislauf solange, bis jene die Geld benötigen bereit sind, einen ausreichend hohen Zins zu zahlen, verbunden mit dem Druck einen Überschuss zu erwirtschaften, der es ermöglicht die Zinsen zu zahlen. Das gilt sowohl für einzelne Unternehmen, als auch für die gesamte Volkswirtschaft.

„Hortbares Geld birgt also unter bestimmten Bedingungen ein volkswirtschaftliches Risiko, dessen Folgen nicht der trägt, der es verkörpert und auslöst, sondern – etwas vereinfacht ausgedrückt – die Volkswirtschaft.“³

Und es bleibt festzuhalten, dass nicht nur Schuldner Zinsen zahlen, sondern jeder. Mit den Steuern zahlen wir die Zinsen

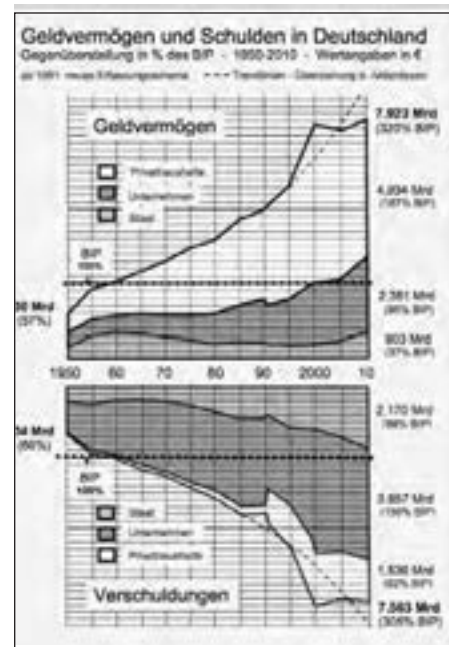
des Staates und mit unseren Konsumausgaben die Zinsen der Wirtschaft. Daher ist auch die weit verbreitete Meinung, bei niedrigen Zinsen würden die „kleinen Sparer“ oder der „kleine Mann“ verlieren, ein Irrglaube. Selbstverständlich bekommt er zwar weniger Zinsen auf sein Ersparnis, gleichzeitig zahlt er aber weniger in den Produktpreisen enthaltene Zinsen. Die Produkte sind dementsprechend günstiger und der „kleine Sparer“ hat nach seinen Konsumausgaben mehr Geld zum Sparen übrig. Laut Helmut Creutz sind nur die Reichen 15% der deutschen Bevölkerung Gewinner des Zinssystems, während der Rest verliert.⁴

Mit „Freigeld“ die Zinsen drücken, mit „Vollgeld“ die Geldschöpfung regulieren

Die aktuelle Debatte um das Wirtschaftswachstum zeigt jedenfalls, dass ein Zinsgeldsystem wie naturgegeben scheint. Es ist anscheinend völlig selbstverständlich, dass die Wirtschaft Zinsen erwirtschaften muss und dass Einzelne sich Zinsgewinne aneignen können. Dabei ist Geld ja auch eine öffentliche Einrichtung und Zinsen das Resultat einer kollektiven und nicht einer individuellen Leistung. Ohne Wirtschaftswachstum könnte man die Kapitalansprüche nicht zahlen, aber diese müssen anscheinend eben bezahlt werden. Eine Firma, die zu wenig Geld hat, um Löhne und Zinsen zu zahlen, kann Personal entlassen, um Ausgaben zu verringern. Den Kredit muss sie bedienen, sonst ist sie bankrott. Über das, was danach noch übrigbleibt, kann man dann diskutieren. Über Geld und Zinsen spricht man nicht.

Freigeld

Es sieht also so aus, dass die Wirtschaft nur dann mit Geld versorgt wird, wenn gleichzeitig über Zinsen eine Umverteilung stattfindet, die das Problem wiederum verschärft. Doch die Vertreter der sogenannten Freiwirtschaft, begründet von Silvio Gesell, sind überzeugt, eine Lösung gefunden zu haben, die das Problem bei der Wurzel packen soll. Die Idee: Die Vorteile des Jokers sollen kostenpflichtig sein. Wer sie nutzen möchte und also Liquide bleiben will, soll dafür eine Gebühr zahlen. Schließlich kennt unsere Wirtschaft nur



© Helmut Creutz

ein Tauschmittel, jedoch zahlreiche Wertaufbewahrungsmittel. Wer also auf Kosten der Allgemeinheit dieses Tauschmittel aufbewahren möchte, sollte die Kosten selber tragen. Dies solle in Form einer Demurrage, also einer Haltegebühr erfolgen. Dadurch sollen die Vorteile der Liquidität durch Kosten ausgeglichen werden und die Geldbesitzer gedrängt werden, ihr Geld dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung zu stellen, ohne dafür Zinsen zu verlangen, denn schließlich würden sie sich so die Demurrage, also die Haltegebühr sparen. Die Zinsen würden gegen Null tendieren, die Umverteilung würde dadurch gestoppt und der Druck auf die Wirtschaft, stetig wachsende Zinssummen durch ein Wachstum der Wirtschaft zu erwirtschaften würde entfallen.

Die EZB hat sich übrigens bei ihrer Entscheidung negative Leitzinsen einzuführen auf die Ideen Silvio Gesells berufen. Ein „Freigeld“, wie von der Freiwirtschaft gefordert, ist der Euro dadurch jedoch nicht, da man ja auf Scheine ausweichen und diese horten kann. Gut möglich, dass die Entscheidung die Fünfhunderter Scheine abzuschaffen, dem Zweck dient, das Horten in Schließfächern teurer zu machen.

Vollgeld

Die Geldschöpfung durch Kreditvergabe der Geschäftsbanken erfolgt, wie es für

Privatunternehmen Usus ist, vornehmlich gewinnorientiert. Der US Ökonom Irving Fischer sah in der zu hohen Geldschöpfung der Geschäftsbanken die Ursache für den Börsenkrach von 1929 und die darauffolgende Wirtschaftskrise und schlug daraufhin das Konzept des 100 % money vor. Dieses sah vor, dass Banken nur Kredite in dem Ausmaß vergeben dürfen, in dem sie auch über Zentralbankgeld (also Scheine und Münzen) verfügen. Seine Idee wurde im Laufe der Zeit weiterentwickelt und umgewandelt. Joseph Huber etwa schlug ein System vor, bei welchem alles Geld von der Zentralbank herausgegeben würde und bezeichnete dies als Vollgeld. Richard A. Werner bemerkte, dass Krisen eine starke Steigerung der Geldschöpfung durch Kredite für spekulative Zwecke vorausging.

Er schlug daher vor, dass die Zentralbanken über die Höhe der Geldschöpfung durch Kreditvergabe sowie über den Verwendungszweck (Realökonomie oder Spekulation) der Kredite bestimmen sollte. Den verschiedenen Varianten des Vollgeldes ist gemein, dass die Geldschöpfung den Zentralbanken ganz oder größtenteils überlassen werden soll. In der Schweiz wurde diesen Juni über die Einführung des Vollgeldes abgestimmt. Sämtliche Banken, Wirtschaftsverbände und Parteien machten Stimmung gegen dieses „radikale Experiment“ und 74 % der Wähler lehnten den Vorschlag ab. Es bleibt der Verdienst, dass in der Schweiz eine relativ breite Debatte über die Geldschöpfung stattfand. Im restlichen Europa blieb dies quasi unbemerkt. In den Gründerjahren der USA, war es noch ein zentrales Thema. So soll Thomas Jefferson um 1780 gesagt haben:

„Wenn das amerikanische Volk jemals privaten Banken erlaubt, die Währung zu kontrollieren, dann werden die Banken zuerst durch Inflation, dann durch Deflation das Volk all seines Eigentums berauben, bis die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Vorväter eroberten. Die Geldschöpfung sollte den Banken weggenommen und dem Volk zurückgegeben werden, dem sie rechtmäßig gehört.“

Englands Zentralbank, die Bank of England, bietet seit kurzem auch Finanzinstituten, welche keine Banken sind, die Möglichkeit, ein Konto bei der Zentralbank zu führen. Es ist theoretisch ein erster Schritt in Richtung eines Vollgeldes und theoretisch könnte auch jeder Bürger über ein solches Konto verfügen – jedoch, es ginge gegen das Mandat der Zentralbank. Die Blockchain Technologie könnte ein solches System vereinfachen. Das Pfund, sowie alle anderen Gelder könnten von den Zentralbanken als gesetzliches Zahlungsmittel via Blockchain herausgegeben werden. Die digitalen Gelder wären, anders als das von den Geschäftsbanken geschöpfte Giralgeld, ganz einfach eine digitale Version der von den Zentralbanken herausgegebenen Münzen und Scheine. Konsequenterweise arbeitet die Bank of England, ebenso wie die Schwedische Riksbank an einem Krypto-Pfund, beziehungsweise einer Krypto-Krone, genannt e-krona. Auch das Rifkin Strategiepapier für Luxemburg sieht eine Blockchain-Version des gesetzlichen Zahlungsmittels vor.

Der Witz an der ganzen Sache ist, dass mit einem Vollgeld das Geldsystem auf die Weise funktionieren würde, wie ohnehin die meisten Menschen glauben, dass es funktioniert. Nämlich, dass Zentralbanken das Geld erschaffen und Banken dann Kredite auf Basis von Zentralbankgeld geben, welches vorher eingezahlt wurde.

Um das Wirtschaftswachstum steuern zu können, müsste man also ein Vollgeld einführen, mit dem man die Kreditvergabe und damit das Wachstum beeinflussen könnte, sowie dieses Vollgeld als Freigeld konzipieren um nicht aufgrund der Zinslast wachsen zu müssen um die sozialen Ungleichheiten in Grenzen zu halten und somit aus dem Wirtschaftswachstum eine freie Entscheidung zu machen.

Andere Geldformen und Parallelwährungen als Lösungsbeitrag

Wenn man an historisches Geld denkt, so stellt man sich für gewöhnlich alte Gold- oder Silbermünzen vor. Abgesehen davon, dass die Vorstellung, diese Münzen hätten ihren Wert aufgrund des Edelmetalls, nur ein Mythos ist⁵ – der aufgeprägte Wert

war stets höher als der Metallwert – entgeht einem dabei, dass die Geschichte des Geldes viel reicher an Alternativen ist als die vielfältigen Münzen. So etwa Kerbhölzer, welche während mehreren Jahrtausenden existierten und dem alltäglichen Zahlungsverkehr dienten. Die ältesten sind mehr als 10.000 Jahre alt und in den Alpen wurden sie vor allem in der Almwirtschaft noch bis ins 20. Jahrhundert genutzt. Das Prinzip ist einfach: In ein flaches längliches Holzstück wurden Symbole geritzt, welche Schuldverhältnisse dokumentierten. Das Holz wurde der Länge nach in zwei Teile getrennt, der Gläubiger und der Schuldner erhielten ihr jeweiliges Stück. Zu einem bestimmten Zeitpunkt traf man sich und die Schulden wurden beglichen, etwa durch Sachleistungen oder z.B. durch Münzgeld. Dabei bedurfte es meist nicht viel Münzgeld, denn zwischen zwei Personen bestanden oft vielfältige Schuldverhältnisse (mal war der Eine Gläubiger, mal der Andere), die sich gegenseitig aufhoben. Manche gehen davon aus, dass aus diesen Treffen die großen Messen entstanden sind, die ursprünglich dazu dienten, die Schulden auszugleichen. Denn schuldet z.B. Person A Person B 100 Euro und Person B schuldet Person C 100 Euro und C schuldet wiederum Person A 200 Euro, so kann man die Schulden ausgleichen indem Person C ganz einfach 100 Euro an Person A gibt. Kerbhölzer waren also ein System gegenseitiger Kreditvergabe und das direkt zwischen den Marktteilnehmern. Nicht die Banken erschufen diese Form von Geld, sondern die Marktteilnehmer selbst. Und die Kredite wurden nicht von einer Bank vermittelt, sondern ebenfalls von allen Marktteilnehmern. Dieses System gab es in vielen Formen, etwa auf Papier notiert oder auf lokalen Märkten mit Kreide auf den Boden notiert. Und noch heute kennt man die Ausdrücke „etwas auf dem Kerbholz haben“ oder „in der Kreide stehen“. Beide bedeuten, Schuld auf sich geladen zu haben.

Als diese demokratische Form der Geldschöpfung in England am 16. Oktober 1834 durch eine Steuerreform abgeschafft wurde, wurde eine große Menge an Kerbhölzern im Hof des Parlamentsgebäudes verbrannt, woraufhin dieses ironischer- oder passenderweise

ebenfalls Feuer fing und größtenteils abbrannte.

Regionale Initiativen als Labor

Heute werden alternative Geldkonzepte nahezu ausschließlich in kleinen regionalen Alternativen ausprobiert und gelebt. Das Modell gegenseitiger Kreditvergabe wird von den sogenannten Lets, also local exchange trade systems, angewandt. Für gewöhnlich basieren sie auf Zeiteinheiten, das heißt, dass die Teilnehmer sich gegenseitig Dienstleistungen anbieten und die dafür aufgewendete Zeit gutgeschrieben bekommen. Diese Zeitgutschriften können sie bei anderen Teilnehmern wiederum „ausgeben“. In einer zentralen Bilanz wird dem Leistungserbringer die Zeit gutgeschrieben und der Leistungsempfänger geht dementsprechend ins Minus.

In einem weit größeren Rahmen aber in einer weniger puristischen Form bietet die genossenschaftliche Schweizer WIR-Bank ein solches System an. Der WIR Franken, welcher den gleichen Wert wie der Schweizer Franken hat und von gut 30.000 Schweizer KMU's genutzt wird, wirkt antizyklisch. Wenn der Schweizer Franken nur langsam zirkuliert und die Unternehmen nur schwer an Bankkredite kommen, nimmt die Aktivität im WIR System zu. Rollt der Schweizer Franken wieder, nimmt die Aktivität ab. Damit ist der WIR Franken einer der Gründe, warum die Schweizer Wirtschaft so stabil ist. In Luxemburg gibt es nur den Beki, das Regionalgeld des Kantons Redingen, als einziges alternatives Geldsystem. Camille Gira besaß den Mut es zu initiieren. Es wird vom 2012 gegründeten Verein De Kär verwaltet und im vergangenen Jahr zirkulierten im Durchschnitt 178.000 Beki zwischen den zirka 100 Betrieben, die sich am System beteiligen. Der Beki verfolgt klare Ziele. Er soll regional zirkulieren, um die regionale Wirtschaft zu unterstützen; er soll den sozialen Zusammenhalt, bürgerliches Engagement und kurze Warentransportwege durch verstärktes regionales Zusammenarbeiten fördern. Die Nutzer sollen motiviert werden, bei den lokalen Betrieben einzukaufen und vor allem sollen diese sich untereinander gegenseitig stärken, um der Konkurrenz von Amazon und Co wi-

derstehen zu können. Der Trick ist dabei ganz einfach. Wenn Unternehmen ihre Beki in Euro eintauschen wollen, müssen sie eine fünfprozentige Gebühr zahlen. Um diese zu vermeiden, sind die Betriebe bemüht, ihre Beki bei anderen Betrieben der Region auszugeben. So entsteht ein Kooperationsnetzwerk, in dem einer den anderen stärkt. Der Beki wird von seinen Nutzern herausgegeben, indem sie ihre Euro gegen Beki eintauschen. Über die im System verbleibende Summe bestimmen die Nutzer und unter diesen natürlich vor allem die Unternehmer, die die Beki in Euro zurückwechseln, wenn sie zu viele davon haben. So gibt es nie zu viele Beki im System. Der Beki wird von einem Verein verwaltet, in dem jeder Bürger Mitglied werden kann und in dem die Regeln und Funktionsweisen des Beki demokratisch bestimmt werden. Neben der Geldschöpfung durch die Nutzer, wird beim Beki durch die Rücktauschgebühr eine indirekte Form der Demurrage, also einer Haltegebühr, auch noch Umlaufimpuls genannt, angewendet. Diese erinnert die Betriebe stets daran, ihre Beki möglichst rasch wieder auszugeben, um nicht zu viele davon anzuhäufen und die Gebühr zahlen

Heute werden alternative Geldkonzepte nahezu ausschließlich in kleinen regionalen Alternativen ausprobiert und gelebt.

zu müssen. Denn der Beki muss rollen. Und theoretisch ist das Modell dadurch auch geeignet, das Problem der Zinsbelastung zu lösen: Unternehmen, welche Beki in Euro tauschen möchten, könnten diese einer Bank geben, welche dann tatsächlich diese Beki als Kredit verleihen könnte.

Der Schuldner müsste diesen Kredit in Euro zurückzahlen. Dabei stellt die fünfprozentige Gebühr die Marge dar: Sagen wir, der Schuldner erhält 1000 Beki und muss 1000 Euro zurückzahlen. Der Kredit wäre zinsfrei, die Bank könnte sich 25 Euro behalten und dem Unternehmen 975 Euro auszahlen, welches dadurch die Umtauschgebühr um die Hälfte verringert hätte. Doch dies bleibt bislang ein Gedankenspiel. Da der Beki das einzige Regionalgeld in Luxemburg ist, wäre es

für Banken schwierig ausreichend (hohe) Kredite zu vergeben um die hiermit verbundenen Fixkosten zu decken. Doch anstatt das Experiment Beki zu begrüßen, zu untersuchen und Lehren daraus zu ziehen, möchte der luxemburgische Staat anscheinend am liebsten gar nichts aufkommen lassen, was irgendwie nach Alternative im Bereich des Geldes klingt. So wurde unter anderem den Gemeinden des Kantons Redingen vom Innenministerium verboten, Beki zu akzeptieren mit der Begründung, der Beki sei kein Zahlungsmittel, sondern ein Kredit, eine Forderung auf Euro. In der Konsequenz würde dies natürlich bedeuten, dass Gemeinden (und wohl auch der Staat) ausschließlich Scheine und Münzen annehmen dürften, da das von den Geschäftsbanken per Kredit erschaffene Giralgeld natürlich auch ein Kredit, eine Forderung auf Euro, darstellt. Würde dies von heute auf Morgen umgesetzt, wäre unser Geldsystem wohl spätestens Übermorgen zusammengebrochen.

Aber die Leser dieser Zeilen sollen beruhigt sein: Vor dem Gesetz sind manche gleicher als andere und die Begründung des Innenministeriums gilt nur für den Beki, nicht aber für Banken. Und das zeigt wohl auch, wie weit wir davon entfernt sind, uns mit Alternativen ernsthaft auseinanderzusetzen. Und man braucht sich nicht der Illusion hinzugeben, irgendeine Partei würde sich bei den kommenden Wahlen für eine Änderung des Geldsystems oder zumindest für Parallelwährungen, mit denen man zumindest Teile der Wirtschaft von der Wachstumslogik befreien könnte, einsetzen. Die Wachstumsdebatte kann also kommen: Jeder blamiert sich so gut er kann, und wer am lautesten schreit, hat recht, der Autor dieser Zeilen eingeschlossen.

1 Prof. Hans Helmut Kotz, Präsident der Landeszentralbank Niedersachsen (2001)

2 Kang-Soek Lee, Richard A. Werner: *Reconsidering Monetary Policy: An Empirical Examination of the Relationship Between Interest Rates and Nominal GDP Growth in the U.S., U.K., Germany and Japan*, 2018.

3 Suhr zitiert nach Kennedy, 1995, 83f; Kennedy, Magrit (1995): Frauen tragen die größte Last – Zur Reform der Geld- und Bodenordnung, in: *Zukunftsfähige Wirtschaft*, Beiträge zur 4. Internationalen Tagung der INWO in Bern 1995, INWO Schweiz 1995

4 http://helmut-creutz.de/pdf/grafiken/e/creutz_059.pdf

5 Mitchell Innes Alfred, What is Money? *The Banking Law Journal*, May 1913.

„Wir haben es trotz Aufgabe des Bankgeheimnisses geschafft, attraktiv zu bleiben“

In den letzten fünf Jahren hat sich die Finanzpolitik in Luxemburg, der EU und dem Rest der Welt grundlegend verändert. Im Interview spricht der luxemburgische Finanzminister Pierre Gramegna über die europäische Handels- und Finanzpolitik, steuerpolitische Fragen, das Phänomen des Populismus, den Brexit und die Entwicklung des Finanzplatzes.

Seit ungefähr 15 Jahren ist die deutsche Handels- und Finanzpolitik auf Handelsüberschüsse und Ausgabenreduzierung ausgelegt. Diese Politik wird den anderen europäischen Ländern von Deutschland als Modell empfohlen. Wie stehen Sie heute – nach der Euro-Krise, der Griechenland-Krise und den politischen Verwerfungen der letzten 10 Jahre in Europa – dazu? Können Handelsüberschüsse auf deutschem Niveau eine langfristige Strategie für Europa sein?

Pierre Gramegna: Die Frage betrifft sowohl die Handels- als auch die Finanzpolitik. Ich würde darauf zunächst antworten, dass geordnete Staatsfinanzen das Wichtigste ist. Wenn die Finanzen nicht – oder mittelfristig nicht – im Gleichgewicht sind, dann wird dadurch jede andere politische Entscheidung verfälscht. Deswegen müssen die europäischen Staaten den Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten. Manchmal gerät ein Land aus der Bahn, wie das in der Vergangenheit schon der Fall gewesen ist, jedoch muss man solche Situation schnell wieder ausgleichen. In der Hinsicht bin ich mit der deutschen Finanzpolitik verbündet, die Luxemburg ja auch unterstützt.

Die Handelspolitik betreffend bedeutet ein Überschuss ja nur, dass man wettbe-

werbsfähig ist. Wettbewerbsfähigkeit ist ein Zeichen, dass es dem Land gut geht, von daher habe ich kein Problem mit Handelsüberschüssen. Übrigens hat Luxemburg kein Handelsüberschuss an Gütern, sondern an Dienstleistungen. Wir sind daher in einer ähnlichen Situation wie Deutschland. Wenn man die beiden Aspekte, Finanzen und Handelsüberschuss, zusammennimmt, ist das auf jeden Fall eine gesunde Entwicklung. Ich würde jedoch eine Nuance in Bezug auf die deutsche Herangehensweise machen.

Südeuropa und auch Frankreich haben, statt direkt auf die Konkurrenzfähigkeit zu setzen, ihre Währungen abgewertet, um kurzfristig wettbewerbsfähiger zu werden.

In Deutschland wurde die Senkung der Schulden dermaßen zur Priorität erklärt, dass im Gegenzug nur wenig investiert wurde. Seit 15 Jahren muss man feststellen, dass die öffentliche Hand in Deutschland weniger als etwa 2 % des Bruttoinlandproduktes investiert, während wir in Luxemburg im Verhältnis doppelt so viel ausgeben. Wir setzen also mehr auf Ausgaben – unsere Schuld ist ja auch

niedriger als die Deutschlands. Deutschland hatte sich zum Ziel gesetzt, seine öffentliche Verschuldung wieder auf 60 % des Bruttoinlandproduktes zu begrenzen, und hat dies mittlerweile praktisch auch geschafft.

Dennoch führt Deutschland eine immer noch sehr begrenzte Investitionspolitik, was meines Erachtens nach bedauerlich ist, da eine Steigerung der öffentlichen Investitionen in Deutschland auch den restlichen Wirtschaften in Europa helfen würde.

Ist die deutsche Herangehensweise übertragbar auf die EU als solche, oder birgt sie auch Gefahren?

P.G.: Wenn man sich die Ergebnisse der deutschen Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg anschaut, sieht man ganz klar, dass es Deutschland mit dieser Politik gelungen ist, Exportweltmeister zu werden und sich von ganz unten zum Wirtschaftsmotor Europas zu entwickeln. Es ist auf jeden Fall ein positives Modell. Andere Länder hatten andere Ansätze. Südeuropa und auch Frankreich haben, statt direkt auf die Konkurrenzfähigkeit zu setzen, ihre Währungen abgewertet, um kurzfristig wettbewerbsfähiger zu werden. Dafür

mussten sie aber den Preis einer schwachen Währung zahlen – also wachsende Defizite. Wer mit einer schwachen Währung importiert, muss auch eine höhere Staatsverschuldung in Kauf nehmen. Wenn die Verschuldung aber zu hoch ausfällt, ist man in seiner zukünftigen Handlungsfähigkeit eingeschränkt.

Sie haben Ihre Meinung zur deutschen Handels- und Finanzpolitik in den letzten fünf Jahren also nicht geändert?

P.G.: Nein, sie ist relativ konstant geblieben. Eine gewisse Schwäche der deutschen Politik gab es früher, als das Land die Wiedervereinigung finanzieren musste, was natürlich kolossale Ausgaben erforderte und Deutschland auch vor Schwierigkeiten stellte, die Defizitkriterien einzuhalten. Das war jedoch eine außergewöhnliche Situation. Ebenso wie andere Länder ist auch Deutschland im Zuge der Finanzkrise unter Druck geraten. Dann muss man eben Maßnahmen treffen, die aus diesem Tal hinausführen.

Schon als Direktor der Handelskammer haben Sie sich für die Globalisierung und das Abbauen von Handelsschranken eingesetzt. Stehen Sie nach fünf Jahren im Amt als Finanzminister immer noch hinter diesen Prinzipien oder hat sich Ihre Analyse hier verändert?

P.G.: Globalisierung und freier Handel waren die treibenden Motoren des Wachstums in Europa und der ganzen Welt. Während der Weltwirtschafts- und -finanzkrise im Jahre 2008 erlitt der internationale Handel die größten Rückschläge. Das Resultat hiervon war, dass man nur noch an sehr wenigen Orten der Welt Wachstum beobachten konnte. Meine Ansichten zum Welthandel haben sich also nicht gewandelt. Den Handel zu fördern und offen zu gestalten, ist gut für alle. Wenn man sich die letzten Statistiken zum Thema Armut in der Welt anschaut, sieht man, dass die Armut in den letzten fünf bis zehn Jahren in der Welt trotz Finanzkrise zurückgegangen ist, hauptsächlich durch den Handel und die Digitalisierung. Digitalisierung ist hierbei auch ein Instrument, die Wirtschaft offener zu gestalten. Mit dem Mobiltelefon kann man Geld überweisen und mit dem



Bruno Le Maire, Pierre Gramegna und Peter Altmaier, 19.02.2019 © Conseil Européen

Rest der Welt in Kontakt treten. Ohnehin kann man die Globalisierung nur sehr schwierig stoppen. Wenn man sie stoppen möchte, müsste man ganz drastische Maßnahmen treffen, die sehr starke negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum hätten.

Der IMF hat die Folgen des angekündigten amerikanisch-europäisch-chinesischen Handelskrieges um die Tarife auf Stahl und Aluminium schon ausgerechnet. Diese protektionistischen Maßnahmen allein könnten eine Reduzierung des Welt Handels bewirken, der einem Teufelskreis gleichkommt. Glücklicherweise wurde der Welthandel im Laufe des letzten Jahres wieder angekurbelt – laut IMF kann man eine Erhöhung des weltweiten Wirtschaftswachstum von 3,7 % beobachten. Wo hat in den letzten 10-15 Jahren das größte Wirtschaftswachstum stattgefunden? In den Schwellenländern – viel mehr als in den Entwicklungsländern. Aus diesem Grunde konnte die weltweite Armut reduziert werden. Das soll nicht bedeuten, dass alle Erscheinungen der Globalisierung als tadellos einzuschätzen sind oder alle Wirtschaften komplett offen sein sollten. Es muss dabei auch Korrekturfaktoren geben. Ich würde dieses Modell – oder diese Herangehensweise – nicht ändern. Ich bevorzuge das Wort „Herangehens-

weise“, da „Modell“ impliziert, dass es etwas Fertiges darstellt, das man nicht mehr ändern kann. Die EU selbst ist ja auch zum Teil protektionistisch, im Bereich der Finanzen etwa. Wir belehren andere gerne in Sachen Protektionismus, wollen selbst aber nicht einsehen, dass wir in einigen Bereichen selber protektionistisch agieren.

Wie stehen Sie zu den Vorschlägen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und anderer, einen ernsthaften EU-Investitionshaushalt einzuführen? Der EU-Haushalt beträgt ja nur knapp etwa 1 % des Bruttoinlandproduktes, während er in den USA bei 25 % liegt.

P.G.: Hier muss ich ein bisschen ausholen. Wenn wir heute über den EU-Haushalt reden, der ja bei 1 % liegt, wobei der amerikanische bei 25 % liegt, muss man direkt anmerken, dass wir neben dem EU-Haushalt natürlich noch die nationalen Haushalte haben. Der Nationalhaushalt Luxemburgs liegt bei ungefähr 43 % des Bruttoinlandprodukts (2017 – 42,9 %). In Frankreich liegt dieser Wert sogar noch höher. In den USA liegt er tatsächlich niedriger.

Reicht 1 %? Das hängt ganz von der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der nationalen und der europäischen Ebene ab.

Will man mehr Aufgaben und Macht an die EU abgeben, muss man den EU-Haushalt dementsprechend erhöhen. Luxemburg ist ganz klar dafür, dass der EU-Haushalt nicht unbedingt bei 1 % des BIP bleiben muss.

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag zur Erhöhung des EU-Haushaltes gemacht, den wir unterstützen. Wir unterstützen ihn umso mehr, weil es nicht darum geht, den Haushalt der EU-Kommission zu erhöhen, sondern im Rahmen des für den Zeitrahmen von 2022-2027 angesetzten Multiannual Financial Framework die verschiedenen Aggregate im Budget etwa mit weniger hohen Ausgaben in der gemeinen Agrarpolitik anzupassen. In diesem Zusammenhang darf man übrigens nicht vergessen, dass Änderungen im EU Haushalt gezielt durch nationale Lösungen kompensiert werden können.

Höhere Investitionsausgaben geben uns die Möglichkeit, den Akzent zunehmend auf die Innovation in Europa und die Digitalisierung zu setzen. Daneben sollen die Verteidigungsmittel erhöht und die Sicherung unserer Grenzen ausgebaut werden. Diesen Ansatz unterstützt Luxemburg voll und ganz. Verteidigung und Innovation sind die zwei Bereiche, die mehr Sichtbarkeit und Unterstützung bekommen sollen.

In fast ganz Europa ist ein Erstarken des Populismus festzustellen. Ein Beispiel sind die Resultate der letzten Wahlen in Italien. Kann es sein, dass die Finanzpolitik der reichen EU-Staaten eine Mitschuld daran trägt, dass der Populismus von links wie von rechts so viel Erfolg hat und damit das EU-Projekt in Gefahr bringt?

Dazu habe ich Einiges anzumerken. Ich benutze selbst den Begriff des „Populismus“ fast nie, außer er rutscht mir raus. Ich benutze eigentlich immer den Begriff des „Nationalismus“. Ich habe keine Angst vor den Menschen, dem Volk, dem „peuple“. Ich habe Angst vor dem Nationalismus. Die Menschen, die sich in Verantwortungpositionen befinden, also in Parlamenten und Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, sind von den Bürgern gewählt worden. Ich weiß darüberhinaus

nicht, wie man den Begriff „Populismus“ definieren soll. Wenn ich aber über nationalistische oder stark proeuropäische Parteien Auskunft geben soll, dann kann ich Unterscheidungen machen. Die Partei, der ich hier in Luxemburg angehöre, ist pro-europäisch. Die meisten Parteien Luxemburgs sind pro-europäisch und das finde ich ganz gut so. Luxemburg würde es lange nicht so gut gehen, wenn es Europa und den europäischen Binnenmarkt nicht gäbe. In anderen Ländern wird das positive Bild Europas in Frage gestellt. In Italien haben z.B. die eher europakritischen Parteien besser abgeschnitten. Wenn solche Parteien in einem fairen demokratischen Prozess – und in Italien waren die Wahlen fair – gewinnen, dann soll man das respektieren.

Wir wollen als Land angesehen werden, dem man steuermäßig keine Vorwürfe machen kann. Es gab eine Zeit in der Vergangenheit, in der Luxemburg alle Vorteile ausgereizt hat. Heute werden die Stärken Luxemburgs mit anderen Aspekten als der Fiskalität ausgebaut.

Ich will den Fehler vermeiden, den manche – ich will hier keine Namen nennen – gemacht haben, wenn sie über Länder ein Urteil treffen, in denen demokratische Regierungen an die Macht gekommen sind, die uns nicht so genehm sind. Wir müssen auch Regierungen respektieren, die nicht unseren Idealvorstellungen entsprechen – das ist ein elementares Prinzip der Demokratie, aber auch der internationalen Verhandlungen. Wenn in einem Land die Regierung wechselt, muss man dem Prinzip „pacta sunt servanda“ treu bleiben und die Entscheidung des Volkes respektieren. Das betrifft nicht nur Italien, sondern alle Länder innerhalb der EU. Mit allen Ländern muss man in guter Absicht reden. Ich habe z.B. meinem neuen italienischen Kollegen auch schon geschrieben, dass ich mich freue, ihn kennenzulernen und mit ihm proaktiv und dynamisch zusammenzuarbeiten.

Gibt es nicht auch einen nicht-nationalistischen Populismus von linker Seite? – Jeremy Corbyn im Vereinigten Königreich, der in den Umfragen immerhin um die 40 Prozent

erreicht, oder Syriza in Griechenland. Wie erklären Sie sich dieses Phänomen?

P.G.: Für mich ist auch das eine Form des Nationalismus. Über Einordnungen lässt sich natürlich streiten und es gibt Argumente dafür und dagegen. Wenn man der Sache jedoch auf den Grund geht, stellen diese links-nationalistischen Bewegungen eben die Globalisierung und die offenen Märkte in Frage und sind aus dieser Perspektive anti-europäisch und gegen den Welthandel. Auf der rechten Seite äußert sich dies mehr gegen die Menschen. Man will zum Beispiel keine Einwanderer reinlassen, obwohl man trotzdem eher pro-Business ist.

Man kann den Populismus von rechts wie von links eigentlich auch anders beschreiben: Es handelt sich um zwei Formen des gleichen Phänomens – Isolation und Rückzug auf sich selbst. Das was von außen kommt, wird als Hauptursache aller Probleme angesehen. Für uns in Luxemburg ist Offenheit jedoch eine der Hauptinstrumente, um Probleme zu überwinden.

Welche Einstellung vertreten Sie gegenüber der Besteuerung multinationaler Technologieunternehmen, wie etwa Google, Facebook und Amazon?

P.G.: Zuerst noch ein Wort zur Besteuerung der nicht-digitalen Wirtschaft. Noch diese Woche, um genau zu sein, heute, haben wir ein Gesetzesprojekt angenommen, um einen Teil der Maßnahmen der OECD in Luxemburg umzusetzen. Das bezieht sich auf den Text der Anti-Tax-Avoidance Directive, der bis Ende dieses Jahres vom Parlament verabschiedet und nächstes Jahr in Kraft treten soll. Auch hier befinden wir uns auf einer Linie mit den anderen OECD-Staaten. Wir modernisieren unsere Steuerrechtslage und passen sie den neuen Regeln an. Diese Umstellung nutzen wir aber auch, um einige Nischen, die es in der Vergangenheit gab und die legal waren, zu unterbinden. Auch hier sind wir im Mainstream angekommen.

Wir wollen als Land angesehen werden, dem man steuermäßig keine Vorwürfe machen kann. Es gab eine Zeit in der Vergangenheit, in der Luxemburg alle



Cloche d'Or © Olivier Treinen

Vorteile ausgereizt hat. Heute werden die Stärken Luxemburgs mit anderen Aspekten als der Fiskalität ausgebaut. Wir haben dabei bewiesen, dass wir trotz Aufgabe des Bankgeheimnisses den Finanzplatz gut entwickeln und diversifizieren konnten. Dies gilt insbesondere für die Bereiche der nachhaltigen Finanzen, der digitalen Wirtschaft und der FinTech.

Das bringt mich zurück zur Besteuerung digitaler Unternehmen. Auch bei FinTech-Unternehmen und globalen digitalen Dienstleistern sind wir der Meinung, dass diese fair besteuert werden müssen. Das Problem ist hier die Andersartigkeit des Business-Modells, das sich von der traditionellen Wirtschaft unterscheidet und sich nicht so gut erfassen lässt. Wir sind jedoch bereit, mit unseren Freunden in Europa, in der Welt und innerhalb der OECD zusammenzuarbeiten. Dabei bevorzugen wir eine Lösung auf OECD-Ebene. Die OECD wird in den nächsten Monaten ihren BEPS-Bericht fertigstellen, der diese Problematik mitbehandelt.

Auf dieser Basis lässt sich dann eventuell ein „level playing field“ herstellen. Wir bevorzugen diese Herangehensweise gegenüber einem Alleingang Luxemburgs oder der EU. Dies aus zwei Gründen: Erstens würde ein Alleingang der EU den Handelskrieg mit den USA verstärken. Zweitens würde man riskieren, dass Europa sich vom Rest der Welt abkapselt und für diese Unternehmen weniger attraktiv wird.

Ist eine OECD-Lösung nicht unrealistisch, da die US-Amerikaner sich ohnehin nicht zu einer globalen Lösung überreden lassen werden, um ihre eigenen Unternehmen und Einnahmen zu schützen?

P.G.: Nein, das muss keineswegs so sein. Vor einigen Monaten hat Präsident Trump gesagt, Amazon müsse auch in den USA Steuern zahlen. Auch hier bewegen sich die Ideen und Gemüter. Wir müssten auf jeden Fall erst einmal den Dialog suchen, da die US-Amerikaner im Bereich der multinationalen Unternehmen immer

noch die Meister sind. Durch eine einseitige Entscheidung der EU würden wir diese amerikanischen Unternehmen schädigen und ich bezweifle, dass dies gut für eine offene Gesellschaft, Wirtschaft und die Globalisierung wäre. Es würde zudem nicht dazu beitragen, unsere Beziehungen zu den USA zu verbessern.

Welche Bedeutung hat die amerikanische Steuerpolitik für die europäische Wirtschaft und den luxemburgischen Finanzplatz?

P.G.: Erstens muss man hier sagen, dass in den USA im Bereich der Unternehmenssteuern viel mehr geschehen ist, als man in der Presse meistens so liest. Zweitens haben die US-Amerikaner einen Teil von BEPS schon umgesetzt. Es zeigt sich, dass nicht nur Europa ein Interesse an BEPS hat, sondern auch die USA und darüber sollte man sich freuen, denn es trägt zu dem von uns gesuchten „level playing field“ bei.

Drittens haben die USA ein ganz spezielles System der Besteuerung, da sie die Profite, die amerikanischen Unternehmen im Ausland erzielen, nicht besteuern, wenn sie im Ausland verbleiben. Aus diesem Grunde hatten amerikanische Firmen viele Reserven im Ausland gebunkert. Jetzt wurde ein System entwickelt, das die Firmen durch Senkung der Steuern ermutigen soll, mehr Kapital in die USA zurückzubringen. Der Steuersatz der USA liegt jetzt bei 21 %, derjenige Luxemburgs bei 18 % und der Frankreichs ist noch leicht höher als diese beiden. Man erkennt hier schon eine gewisse Konvergenz der Steuersätze. Diese Konvergenz läuft parallel zu einer weltweiten Ausweitung der Berechnungsgrundlage. In Zukunft wird die Besteuerung der Unternehmen eine geringere Rolle spielen als noch heute, da wir uns alle in einem gemeinsamen Korridor bewegen werden.

In Luxemburg konnten wir es trotz Aufgabe des Bankgeheimnisses schaffen, attraktiv zu bleiben, obwohl man zunächst vom Gegenteil ausging. Besteuerung ist eben nicht alles. Ein Drittel aller weltweiten grünen Investitionsfonds sind heute in Luxemburg notiert, auch zwei Drittel aller Microfinancefonds sind hier. Wir haben es fertiggebracht, uns auf eine Art und Weise zu positionieren, die wirklich

bemerkenswert ist. Das sind Wandlungen, die wahrscheinlich weniger schnell von statten gegangen wären, wenn wir am Bankgeheimnis festgehalten hätten.

Der Premierminister und Sie haben gesagt, dass Luxemburg durch den Brexit einen Verbündeten in Europa verloren hätte. Wie ist das zu verstehen?

P.G.: Der Brexit wird uns kurzfristig günstige Gelegenheiten bieten, aber mittelfristig verlieren wir dadurch tatsächlich einen Verbündeten, da Luxemburg und das Vereinte Königreich in der EU vor allem im Bereich der Regulierung von Finanzdienstleistungen und in Fragen der Wettbewerbsfähigkeit Europas sehr ähnliche Interessen vertreten haben.

Was meine ich mit kurzfristigen Vorteilen? Wir haben jetzt im Fund Management, im Private Banking, im Versicherungswesen und im Private Equity Bereich sehr viel Erfolg mit Firmen, die sich infolge des Brexit in Luxemburg niederlassen wollen. Auch im Bereich FinTech haben wir einige Akteure aus London hier aufnehmen können, die den Zugang zum Binnenmarkt behalten wollen und nicht mehr mit London zufrieden sind. Darüber freuen wir uns natürlich. Umso mehr, da wir nicht mit dem Zaunpfahl gewunken haben und klarstellen, dass es uns wichtig ist, dass die Finanzplätze in London und Luxemburg weiterhin gut kooperieren.

Es geht uns also nicht darum, dass diese Unternehmen in London das Geschäft schließen und es hier aufschlagen. Wir achten eher darauf, dass diese Unternehmen genug Mitarbeiter und Aufgaben in Luxemburg ansiedeln, aber weiterhin mit London arbeiten. Mittelfristig muss man schauen, wie sich die weiteren Verhandlungen entwickeln und welche Vereinbarungen mit dem Vereinigten Königreich letztlich getroffen werden. Am Ende wird es in jedem Fall neue Schranken zwischen dem Vereinigten Königreich und Europa geben – das gefällt uns nicht und wir bedauern das. Andererseits wird es nicht möglich sein, dass sich London die Rosinen vom Kuchen der Globalisierung und europäischen Integration pickt und sich dem Rest gegenüber verschließt.

Europa scheint mittlerweile in verschiedene Blöcke unterteilt, wo würden Sie Luxemburg verorten?

Unser Finanzplatz ist zumindest angelsächsischer ausgerichtet als Paris. Bei uns läuft fast alles über die englische Sprache. Wir sind auch nicht nur innerhalb der EU tätig, sondern weltweit. Wenn man den Grad der Offenheit unseres Finanzplatzes als Maßstab nimmt (es gibt nur wenige luxemburgische und hauptsächlich ausländische Banken) haben wir ein Umfeld, das so international ist wie kaum ein anderes. Darüber hinaus ist der luxemburgische Finanzplatz auch noch mehrsprachig. Selbst wenn Englisch die Hauptsprache ist, läuft auch so einiges über Französisch oder Deutsch. Unsere Aufsichtsbehörde ist zudem bereit, mit jedem in seiner Sprache zu sprechen.

Man muss auch manchmal politische Entscheidungen treffen, die nicht denen entsprechen, die die Banken bevorzugen würden.

Es gab vor kurzem einen Artikel bei Bloomberg, in dem behauptet wurde, dass die Englischkenntnisse in Luxemburg nicht gut genug seien, um es zu einem internationalen Finanzzentrum wie London zu machen.

P.G.: Ich habe das mit großem Erstaunen gelesen, denn es widerspricht meinen eigenen Erfahrungen und den Kontakten, die ich habe. In 99 % der Gespräche höre ich genau das Gegenteil, nämlich dass die Menschen sich freuen, dass man in Luxemburg ausländische Sprachen allgemein und Englisch besonders gut beherrscht.

Am Anfang Ihrer Regierungszeit konnte man den Eindruck gewinnen, dass Sie nicht das gleiche Verhältnis zum Finanzplatz hatten wie Ihr Vorgänger Luc Frieden, der sich als Lobbyist der Banken verstand. Wie sehen Sie das heute?

P.G.: Eine schwierige Frage. In meinem Ermessen – und ich sage das auch oft so – sind die Banken in Luxemburg immer noch beliebt. Das ist eine Aussage, die mir nicht immer Komplimente einbringt, aber sie entspricht den Tatsachen. Wir benötigen die Banken in der National- wie in der

Weltwirtschaft, denn ohne sie bewegt sich die Wirtschaft nicht. Deswegen ist ein enges Verhältnis zum Finanzplatz unerlässlich, aber man muss auch manchmal politische Entscheidungen treffen, die nicht denen entsprechen, die die Banken bevorzugen würden. Das Abschaffen des Bankgeheimnisses oder auch die Durchsetzung des Informationsaustausches haben wir zum Teil gegen den Willen des Finanzplatzes durchgesetzt. War dies die richtige Entscheidung? Ich denke, ja. Auch viele Leute, die anfangs dagegen waren, sind heute dieser Meinung.

Unser Ruf hatte sich dermaßen verschlechtert, dass die Mutterhäuser keine Aktivitäten im Bereich der Finanzdienstleistungen mehr nach Luxemburg bringen wollten oder konnten. Spätestens an diesem Punkt musste man etwas dagegen unternehmen.

Andererseits würde ich sagen, dass bis dato noch nie ein Finanzminister so viel Werbung für den Finanzplatz Luxemburg gemacht hat wie ich. Allein letztes Jahr war ich über hundert Tage im Ausland unterwegs, und an den meisten dieser Tage ging es darum, für unseren Finanzplatz zu werben, eben gerade, weil sich der Platz momentan einer Transformation unterzieht und grüner und vielfältiger wird. Hier scheue ich nicht den Vergleich mit meinem Vorgänger.

Sie waren im Amt, als der Luxleaks-Skandal ausbrach. Was bedeutete dieses Ereignis für Sie persönlich?

P.G.: Für mich war der Luxleaks-Skandal das Tüpfelchen auf dem i, das bestätigte, dass wir uns endlich ändern mussten. Als es im Herbst 2014 zum Skandal kam, war die Entscheidung, den automatischen Informationsaustausch einzuführen, bereits gefallen.

Im Oktober 2014 habe ich im Rahmen der 7. Jahrestagung des Globalen Forums zu Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke das internationale Abkommen über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen unterzeichnet, wobei Luxemburg zu den ersten Ländern gehörte, die diesen Schritt gegangen sind. Auch auf EU-Ebene wurde

mit unserer Unterstützung bereits seit längerem über eine entsprechende Direktive verhandelt. Glücklicherweise hatten wir diesen Schritt schon gemacht, bevor Luxleaks passiert ist. Somit konnten wir deutlich machen, dass wir uns bereits in einem Transformationsprozess befinden.

Luxleaks war natürlich sehr schädigend für unseren Ruf, der ohnehin nicht gut war. Wenn jemand uns damals gesagt hätte, dass wir im Jahr 2018 so viel besser dastehen würden, hätte ich mir das nie vorstellen können. Durch eine rasche Änderung der Gesetzgebung ist es uns gelungen, ganz schnell von den schwarzen Listen zu verschwinden. Unsere Partner in der EU haben gesehen, dass Luxemburg die Situation ernst nimmt und sich verändert. Dies führt dazu, dass wir jetzt sehr selten, wenn überhaupt noch, von anderen Ländern angegriffen werden. Von den Medien werden wir zwar noch punktuell angegriffen, was aber daran liegt, dass diese, wissentlich oder unwissentlich, noch nicht mitgekriegt haben, wie sehr sich Luxemburg schon verändert hat. Die Vorwürfe, die heute häufig noch von den Medien ins Schaufenster gestellt werden, sind nach heutigem Luxemburger Recht, in der heutigen Gesetzgebung und Steuerlandschaft und im Rahmen der internationalen Regelungen der OECD nicht mehr legal. Früher, vor etwa fünf Jahren, waren diese Sachen legal, obwohl sie vielleicht

ethisch fragwürdig waren. Heute sieht das anders aus. Wir haben uns angepasst und wollen nicht mehr die letzten Nischen ausreizen.

Die aktuelle Regierung war auch angetreten, um die Staatsausgaben unter Kontrolle zu bekommen, hat dann aber eine Kehrtwende vollzogen. In absoluten Zahlen ist das Land heute so verschuldet wie nie zuvor. Wie reagieren Sie darauf?

P.G.: Ich muss hier einige Aspekte richtig stellen. Zu sagen, wir hätten eine komplette Kehrtwende gemacht, ist falsch. Wir haben die Staatsfinanzen im Griff, sie sind so gut wie ausgeglichen. Das Defizit beträgt im Zentralstaat rund 200 Millionen Euro und der Überschuss im Gesamtstaat liegt bei etwa 800 Millionen Euro. Wir haben die Staatsfinanzen saniert und versuchen dies so zu halten – also keine Kehrtwende! Gleichzeitig haben wir dafür gesorgt, die Investitionen hoch zu halten. Zurzeit werden rund 2 Milliarden Euro pro Jahr von der öffentlichen Hand investiert, so viel wie noch nie zuvor in Luxemburg. Wir geben proportional gesehen doppelt so viel aus wie Deutschland und ich finde, dass das eine gute Politik ist. Dass wir uns in absoluten Zahlen minimal höher verschuldet haben, ist richtig. Proportional zu unserem Reichtum geht die Verschuldung jedoch zurück. Und man kann dies nur im Vergleich zum Reichtum

angemessen beurteilen. Die Regierung hat auch nie gesagt, dass sie die absolute Verschuldung reduzieren wolle. Wir lagen bei 23,7 % als wir vor fünf Jahren anfangen. Nun liegt die Verschuldungsquote bei 20 % und sie geht momentan weiter zurück. Wir sind also nicht in Richtung der 30 % gegangen, wo wir gelandet wären, wenn wir nichts unternommen hätten. In den letzten fünf Jahren hat der Staat rund 10 Milliarden Euro investiert und zwei Milliarden geliehen. Das heißt, wir haben 20 % der Investitionen mit geliehenem Geld und 80 % davon mit laufenden Erlösen finanziert. Eine Privatperson, die ein Haus kauft, bezahlt normalerweise 20 bis 25 % aus eigener Tasche und die Bank finanziert den Rest. Wir hingegen zahlen 80 % mit laufenden Erlösen und das sind Investitionen für die zukünftigen Generationen. Für mich ist das ein Zeugnis für gesunde Staatsfinanzen. Die meisten Länder verschulden sich proportional zum Bruttoinlandprodukt gesehen systematisch weit höher.

Würden Sie sagen, dass Luxemburg und seine Staatsfinanzen heute besser auf einen Finanzschock wie jenem von 2008 vorbereitet wären?

P.G.: Ich denke ja. Dies aus zwei Gründen: Erstens haben wir einen Staatsfonds geschaffen, den wir so bis jetzt noch nicht hatten. Wir konnten ihn zwar noch nicht so speisen, wie ich mir das theoretisch gewünscht hätte, trotzdem haben wir jetzt rund eine Viertelmilliarde Euro in diesem Fonds, die wir für die kommende Generation auf die Seite gelegt haben. Zweitens haben wir es mit dem „Zukunftspak“ und dem Einstellungswandel bei den Staatsausgaben geschafft, die wachsenden Ausgaben in den Griff zu bekommen. Die Entwicklung der laufenden Kosten ist gerade bei dieser Regierung viel geringer als bei der Vorgängerregierung. Aus diesen Gründen sind wir heute auf Schwierigkeiten, die von außen kommen, auf jeden Fall besser vorbereitet.

Besten Dank für das Gespräch!

Das Interview wurde am 15.06.2018
von Yannick Lambert geführt.

Pierre Gramegna auf der jährlichen Versammlung der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB)
© Ministère des Finances



Jan Vetter

Kryptowährung oder kryptisch und kaum bewährt?

Eine kurze Einführung in Fintech, Blockchain und Krypto und ihr Einfluss auf die Finanzwelt

Fintech ist über die letzten Jahre ein beliebtes Thema geworden, und hier hat sicherlich auch schwindendes Vertrauen in die etablierte Bankenelite auf Grund der letzten globalen Finanzkrise 2008 eine Rolle gespielt. Und doch ist der Einfluss von Fintech-Firmen und Unternehmen, die Finanzen mit der Verwendung von technologischer Innovation verknüpfen, für die meisten Bürger eher subtil wahrnehmbar. Fast jeder hat zwar schon von Unternehmen wie dem 2011 gegründeten „Transferwise“ gehört, einem Dienstleister, der es Kunden ermöglicht, global Überweisungen zu günstigeren Kursen als denen der eigenen Sparkasse zu tätigen, aber der Einfluss von Fintech ist deutlich tiefgreifender. Fintech-Firmen aus Deutschland wie N26 (online Bankdienstleistungen), Kreditech (digitale Kreditvergabe) und Finleap (Finanzdienstleistungen für Startups), um nur ein paar der größten zu nennen, sind weitreichend

tätig und prägen stetig und nicht allzu langsam unsere Finanzwelt. So werden Dienstleistungen wie Kreditvergaben, Zahlungsabwicklungen und Vermögensverwaltung, die seit jeher in der Hand von Banken und großen Unternehmen lagen, durch junge Firmen mittels innovativer Algorithmen und Maschinellen Lernens plötzlich neu ausgelegt.

Ein weiteres interessantes Produkt der Fintech-Welle sind die sogenannten

In den von Bankdienstleistungen bereits sehr gedeckten Märkten in Europa muss sich eine Geschäftsidee recht stark absetzen, um Banken Kunden streitig zu machen.

„robo-advisor“. Schon heute werden viele Indizes und Marktanalysen automatisch generiert, doch diese Art von automatisierter Beratung umfasst auch Themen wie autonome Finanzberatung und Investitionsmanagement mit minimalem menschlichen Input. Die Analyse von großer Datenvielfalt erlaubt diesen robotischen Beratern, zumindest in der Theorie, mit größerer Genauigkeit Prognosen anzustellen und den Kunden individuell und

passend zu beraten. Man stelle sich eine Zukunft vor, in der sonntags am Frühstückstisch per einfachem Knopfdruck der Klempner, die Stromrechnung und der Kredit auf die Wohnung abgezahlt werden, und das überbleibende Monatsgehalt sinnvoll auf das Unispargbuch der Kinder und den DAX aufgeteilt werden. Sinnvoll und wünschenswert? Ja, zumindest nach Einschätzung der EU. Daher auch die Entstehung der PSD2, einer EU Direktive, die unter anderem Banken dazu verpflichtet, bis spätestens März 2019 auch Drittanbietern Zugang zu Kundendaten und Prozessen zu gewährleisten. Durch diesen Zugriff auf Bankschnittstellen kann ein Fintech-Unternehmen Kunden ein weitaus integrierteres Dienstleistungsfeld bieten, muss jedoch auch den strikteren Datenschutzrichtlinien gerecht werden.

Ob dieser Strom an neuen Konzepten und jungen Gründern mit kühnen Ideen nachhaltig ist, bleibt fraglich, denn wie in jeder „trendigen Branche“ wird auch hier so manches Unternehmen auf der Strecke bleiben. Die Beratungsfirma McKinsey zieht in ihrem 2015 Banking Report einen passenden Vergleich zur Dotcom-Blase der späten 90er: „In den acht Jahren

Blockchain und Kryptos

Kryptowährungen (kurz Kryptos) sind eine weitere Ausprägung der Fintech-Revolution. Es handelt sich um digitale Währungen, von denen Bitcoin wohl die bekannteste ist. Den meisten Kryptos liegt die Blockchain Technology zu Grunde, ein dezentralisiertes Buchhaltungssystem von Transaktionen, das es Nutzern ermöglicht, Geschäfte unabhängig von einer zentralen Entität zu verifizieren und abzusichern.

Die Blockchain-Technologie wurde 2008 von den Erfindern von Bitcoin entwickelt, um ein wichtiges Problem zu lösen – wie kann bei einer digitalen Währung sicher gestellt werden, dass Max Mustermann sein Geld nur einmal ausgibt, ohne alle seine Transaktionen über ein aufwendiges zentrales Verifizierungssystem laufen zu lassen. Vorteile dieses Systems sind Kosten- und Zeiteinsparungen und eine inhärente Sicherheit. Anders als bei einer zentralen Datenbank, wo Daten auf wenigen Servern liegen (siehe Datenverwaltung bei Banken), ist dieses System robuster gegenüber Zerstörung und Manipulation durch eine globale Verteilung der Informationen, sowie gegenüber Verfälschung auf Grund der Art, wie Neueinträge in dieses Lexikon der Transaktionen verifiziert und genehmigt werden, kurz: der Konsens-Mechanismus. Kryptowährungen, die auf dieser (und ähnlicher) Technologie basieren, haben in den letzten Jahren einen starken Auf-

schwung erlebt – nicht nur für die Ausführung dubioser Geschäfte im „dark web“. Kryptos finden immer breitere Akzeptanz neben traditionellen Geldanlagemethoden. Doch mit größerer Medienaufmerksamkeit gehen auch größere Spekulationen einher; so ist zum Beispiel Bitcoin, die größte Kryptowährung, zwischen dem 01.01.2017 (knapp unter 1.000 USD Marktwert) und 01.01.2018 (ca. 13.412 USD Marktwert) um 1.244 % angestiegen, mit einem zwischenzeitlichen Spitzenwert von fast 20.000 USD im Dezember 2017. Im Vergleich stieg der DAX um knapp 11 % – und während der Vergleich eines einzelnen Investments mit einem Index zugegebenermaßen seine Grenzen hat, so sollte doch eines klar werden: Kryptowährungen sind fest in der Hand der Spekulanten, und sollten mit Vorsicht und einer gewissen Verlustbereitschaft genossen werden – eine feste Geldanlage für die Rente sind sie nicht.

Doch die Kernaussage ist hier nicht die Risikobereitschaft der Kryptomärkte, denn die Blockchain-Technologie findet bei weitem nicht nur bei Kryptowährungen Verwendung. Eine vergleichsweise sichere, rückverfolgbare Art Informationen und ihre Verknüpfungen zu speichern, ist ein nützliches Werkzeug. Ein prägnantes Beispiel hierfür: 2016 sagte Christopher Giancarlo, damals Beauftragter und heute Vorsitzender der CFTC (US Amerikanische Behörde zur Regulierung der Future- und Optionsmärkte), dass der Kollaps von Lehman Brothers mit einer

ordentlichen Blockchain (man merke an; die Technologie gab es bereits 2008) für die Transaktionen der Investmentbank von sorgfältigen Aufsichtsbehörden hätte verhindert werden können.

Ob Sie einem nachhaltigen Effekt auf die Entfaltung der Finanzkrise Glauben schenken oder nicht, es kann mit gewisser Zuversicht gesagt werden, dass die Blockchain und darauf basierende Technologien weiterhin einen wichtigen Teil der Fintech-Innovation ausmachen werden, unabhängig vom Erfolg verschiedener Kryptowährungen.

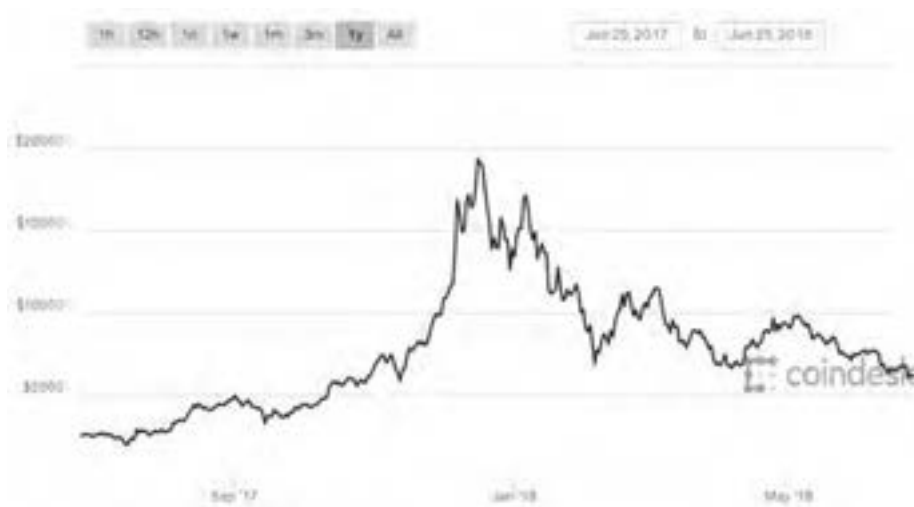
Die Blockchain jenseits der Finanzwelt

Und auch über die Finanzbranche hinaus findet sich für die Blockchain Verwendung; erst kürzlich haben einige der größten Automobilmarken und -zulieferer „Mobi“ gegründet, eine Forschungsinstanz, die sich mit der Integration der Technologie in das Thema Mobilität beschäftigt. Somit kann man sich bald Ride-Sharing-Angebote nach dem Modell von Uber und Lyft vorstellen, die ohne Mittelsmann funktionieren. Ein Marketinggimmick? Möglich – aber ein Gewinn in Abwicklungseffizienz sowie besserer Datenschutz für den Endverbraucher sind nicht zu leugnen.

Auf Grund dieser Eigenschaften zeichnen sich auch weitere Anwendungen in Bereichen wie Wahlauswertung, Identitätsverifizierung, Herkunfts- und Legitimitätsverifizierung von kritischen Dokumenten wie Pässen, KYC („kenne deinen Kunden“), Auflagen von Kreditinstituten und Versicherungen sowie Automatisierung von Betrugs- und Risikoanalysesystemen ab, um nur ein paar Möglichkeiten zu nennen. Technologie wie die Blockchain wird auch weiterhin nicht-finanzielle Verwendung und Relevanz finden.

Ob sonntags am Frühstückstisch, beim Carsharing oder dem Wahlgang, Fintech und Blockchain werden ein nachhaltiger Teil unseres gesellschaftlichen Ökosystems werden, dessen Vorteile sowie auch Grenzen es nicht zu fürchten, aber doch zu verstehen gilt.

Bitcoinurse über ein Jahr © coindesk



Fintech

<http://www.visualcapitalist.com/27-fintech-unicorns-where-born/>

<https://www.pwc.com/sg/en/publications/assets/fintech-startupbootcamp-state-of-fintech-2017.pdf>

https://www.pwc.ch/en/publications/2016/PwC%20Wealth%20Management_Sink%20or%20Swim_Final.pdf

https://assets.kpmg.com/content/dam/kpmg/xx/pdf/2018/02/pulse_of_fintech_q4_2017.pdf

<https://www.statista.com/outlook/337/102/robo-advisors/europe?currency=eur#>

<https://www.mckinsey.com/-/media/mckinsey/industries/financial%20services/our%20insights/cutting%20through%20the%20noise%20around%20financial%20technology/cutting-through-the-fintech-noise-full-report.ashx>

<https://paymentandbanking.com/german-fintech-overview-unbundling-banks/>

<https://www.forbes.com/sites/chrismyers/2017/02/07/3-reasons-why-fintech-is-failing/#ae13b417229d>

<https://medium.com/startup-grind/fintech-a-failure-34ea6b9173f7>

<https://fintek.pl/wp-content/uploads/2017/11/pl-Zestawienie-KPMG-International-i-H2-Ventures-2017-Fintech100-Leading-Global-Fintech-Innovators.pdf>

Blockchain

<http://fintechranking.com/2016/03/31/heres-why-the-blockchain-would-have-saved-lehman-brothers/>

<https://medium.com/@chrshmmmr/consensus-in-blockchain-systems-in-short-691fc7d1fefe>

Regulation

<https://www.wienrecht.at/blog/369-was-ist-psd2-payment-services-directive-2>

Luxemburg

<http://www.lhoft.com>

<https://www.siliconluxembourg.lu/10-fintech-startups-to-watch-in-luxembourg/>

<http://www.luxembourg.public.lu/en/actualites/2017/10/18-fintech/index.html>

<https://www.fintechmap.lu/member-category/fintech-firms-and-software-vendors/>



Jürgen Stoldt

Friss oder stirb

Es gibt Nachrichten, auf die man lieber verzichtet hätte. Am 10. Oktober 2012 konnte man lesen, dass der griechische Molkerei-Gigant Fage (griechisch für „Iss!“ oder „Friss!“) seinen Firmensitz von Athen nach Luxemburg verlegt hat. Das Unternehmen begründet diesen Schritt mit dem attraktiveren steuerlichen Umfeld in Luxemburg, dem besseren Zugang zu den Kapitalmärkten und der unübersichtlichen Lage in Griechenland. Mit einem Umsatz von immerhin 2385,2 Millionen Euro (2011) handelt es sich bei Fage nicht um ein kleines Unternehmen. Es produziert von Griechenland aus für den europäischen Markt und gehört zu den wenigen erfolgreichen Exportunternehmen des Landes. Außerdem verfügt der Molkerei- und Joghurt-Riese über eine Produktionsstätte in den USA, wo rund die Hälfte des Umsatzes generiert wird.

Der in Luxemburg sehr viel leichtere Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten ist sicherlich ein Argument, das man angesichts der Kreditklemme in Griechenland anerkennen muss. Doch das Familienunternehmen Fage wird in Luxemburg in Zukunft auch einen Teil seiner Steuern bezahlen.

Nach allem, was man über dieses Thema weiss, können wir davon ausgehen, dass Fage in Luxemburg im besten Fall einige hunderttausend Euro Unternehmenssteuern zahlen wird. Die eigentlich geltenden Steuersätze von rund 30 % auf

Gewinne sind nämlich entgegen aller Prinzipien der Gleichbehandlung auch bei uns Verhandlungssache. Um Unternehmen zu motivieren, sich in Luxemburg niederzulassen, legt unsere Steuerverwaltung (Bureau d'imposition Sociétés 6) sehr viel niedrigere Sätze und zum Teil Pauschalbeträge fest. Bekannt wurde dieser Tage, dass Electrabel/GDF-Suez mit der luxemburgischen Steuerverwaltung zwischen 2003 und 2008 einen Steuersatz auf Gewinne (die eigentlich in Belgien angefallen wären) von 1,8 % erwirkt hatte ...

Der in Luxemburg sehr viel leichtere Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten ist sicherlich ein Argument, das man angesichts der Kreditklemme in Griechenland anerkennen muss.

Für Griechenland wird der Umzug des Hauptsitzes von Fage einen Verlust an Steuergeldern von einigen Millionen Euro mit sich bringen. Zwischen dem neuen Hauptsitz in Luxemburg und den Tochterunternehmen in Athen und den USA werden sich zwar nicht die Gewinne wohl aber die Steuern in Luft auflösen. Wenn man dann bedenkt, wie sich die Situation für Rentner, Arbeitslose, Obdachlose und Flüchtlinge in Griechenland heute darstellt, sollten wir uns ganz leise einmal fragen, ob unsere Rolle bei diesem Spiel noch akzeptabel ist. Wir könnten auch

etwas lauter fragen, ob wir die paar Kröten wirklich brauchen oder ob wir nicht doch lieber selber etwas höhere Abgaben zahlen wollen. Und schließlich könnten wir uns auch fragen, ob wir in diesen Zeiten, wo ganze Staaten in unserem näheren Umfeld implodieren, die unheilige Allianz von Regierung, Patronat und Gewerkschaften im Hinblick auf das Abschöpfen von Steueraufkommen europäischer Partnerstaaten wirklich noch unterstützen wollen ...

Mein Vorschlag wäre einfach aber radikal: Unser Finanzministerium sollte eine gesetzeskonforme Besteuerung von Fage sicherstellen (andernfalls soll das Unternehmen sich gerne im Kanton Zug in der Schweiz niederlassen) und wir sollten jegliche Steuereinnahmen, die wir von ursprünglich griechischen Unternehmen erhalten, an den griechischen Staat zurück überweisen. Mittelfristig müssen wir uns für eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa einsetzen, denn tatsächlich – es gibt kein vernünftiges marktwirtschaftliches Argument für Steuerdumping innerhalb der EU. Auf dem Weg verlieren wir vielleicht ein Fünftel unseres volkswirtschaftlichen Wohlstandes, aber das könnte sich eher als Verteilungsfrage herausstellen und weniger als existentielles Problem. Im Gegenzug erhalten wir uns den Selbstrespekt, wenn wir das nächste Mal in Griechenland Urlaub machen. Ist irgend jemand einverstanden?

(November 2012)

Raymond Klein

Die Bretton Woods-Institutionen und die Dritte Welt

Dieses Jahr feiern die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF, engl.: IMF, fr.: FMI) das 50jährige Jubiläum ihrer Gründung auf der Weltwährungskonferenz der Alliierten in Bretton Woods. Hier sollen einige Aspekte dieser Institutionen in Bezug auf die Dritte Welt gezeigt werden.

Wer sind sie?

Beides sind Organisationen der Vereinten Nationen, über die die UNO-Vollversammlung aber keine Kontrolle hat. Die Weltbank sammelt Kapital an den internationalen Finanzmärkten und bietet es "kreditwürdigen" Ländern der Dritten Welt zu günstigen Bedingungen an. Die Aufgabe des IWF ist die Aufrechterhaltung eines geordneten und stabilen Weltwährungssystems. Hierzu gehören die statistische Erfassung der Weltwirtschaftsdaten und die Möglichkeit, seinen Mitgliedern Kredite zur Überbrückung von Zahlungsbilanzdefiziten zu gewähren. Zitieren wir aus einer Selbstdarstellung des IWF:

„Wie unterstützt der Fonds seine Mitglieder in der Praxis? Der Schlüssel, mit dem die Tür zur Hilfe des Fonds geöffnet werden kann, ist die Zahlungsbilanz des entsprechenden Mitglieds, die Bilanz sei-

ner Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der Beziehungen mit anderen Staaten. Die Bilanz sollte in etwa ausgeglichen sein: im Idealfall sollte ein Land genau so viel einnehmen, wie es ausgibt. Wenn die Währung und der Preis für die Güter eines Mitgliedslands aufgrund fiskalischer Probleme aus dem Gleichgewicht geraten, ergeben sich unweigerlich Zahlungsbilanzschwierigkeiten. In einem solchen Fall kann sich das Mitglied nach dem Überkommen über den Internationalen Währungsfonds mit der Bitte und Hilfe an den Fonds wenden.

Ist die Währung also überbewertet, so wird das Land schließlich einen Rückgang der Exporterlöse (die Exporte sind zu teuer) und höhere Ausgaben für die Importe (Importe sind offensichtlich billig und werden auf Kredit gekauft) zu verzeichnen haben.

Wir wollen dies anhand des Beispiels eines kleinen Landes, dessen Wirtschaft auf der Landwirtschaft beruht, verdeutlichen. Aus handelspolitischen Erwägungen koppelt ein solches Land seine Währung im allgemeinen an eine konvertierbare Währung: so viele Einheiten der Landeswährung für

einen US-Dollar oder einen französischen Franc. Wenn der Wechselkurs nicht von Zeit zu Zeit entsprechend den Veränderungen der relativen Preise angepaßt wird, besteht eine Tendenz zur Überbewertung der eigenen Währung, beispielsweise eine Einheit der Landeswährung für einen US-Dollar, obgleich die relativen Preise zwei Einheiten für einen US-Dollar realistischer erscheinen lassen. Die Regierungen erliegen allerdings häufig der Versuchung, die Überbewertung hinzunehmen, denn bei einer überbewerteten Währung sind die Einfuhren billiger, als sie bei einer korrekten Bewertung der Währung wären. Die Kehrseite der Medaille ist leider, daß aufgrund der Überbewertung die Exporte teurer und somit weniger attraktiv für ausländische Käufer sind. Ist die Währung also überbewertet, so wird das Land schließlich einen Rückgang der Exporterlöse (die Exporte sind zu teuer) und höhere Ausgaben für die Importe (Importe sind offensichtlich billig und werden auf Kredit gekauft) zu verzeichnen haben.

In Wirklichkeit nimmt das Land weniger ein, gibt mehr aus und verschuldet sich – eine mißliche Situation, die für ein Land ebenso unerträglich ist wie für jeden von uns. Außerdem geht damit gewöhnlich Vielzahl anderer wirtschaftlicher Mißstände einher. Die Landwirte, die einen

kleineren Markt für ihre Exportprodukte vorfinden und von der staatlichen Verteilerstelle für im Inland verbrauchte Güter niedrige Preise erhalten, besinnen sich entweder auf illegale Schwarzmarktexportpraktiken oder produzieren überhaupt nicht; viele von ihnen geben ihren Betrieb auf und bemühen sich um eine Arbeit in überfüllten Städten, wo sie Teil eines noch größeren sozialen und wirtschaftlichen Problems werden. Die zurückgehende Produktivität der heimischen Landwirtschaft zwingt die Regierungen, knappe Devisenreserven (sie sind knapp, weil die Exporterlöse niedrig sind) für den Kauf ausländischer Nahrungsmittel auszugeben. Die Zahlungsbilanz wird in gefährlicher Weise verzerrt.

Als Mitglied des Fonds kann ein Land, das in diese Falle geraten ist, sich mit der Bitte um Beratung und finanzielle Hilfe an den Fonds wenden. Durch gemein-

same Bemühungen können das Land und der Fonds versuchen, die Ursachen des Zahlungsbilanzungleichgewichts zu beseitigen, indem sie ein umfassendes Programm ausarbeiten, das je nach den Besonderheiten des Falles eine Steigerung der an die Landwirte gezahlten Erzeugerpreise zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und Verhinderung der Abwanderung in die Städte, eine Senkung der Zinssätze zur Ausweitung des Kreditangebots und eine Anpassung der Währung im Einklang mit dem Niveau der Weltmarktpreise beinhalten könnte, wodurch die Importe gedrosselt und die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte gesteigert wird.

Da eine Neuordnung der Wirtschaft zur Durchführung dieser Reformen Störungen verursacht und auch Kosten mit sich bringt, leiht der Fonds Geld zur Subventionierung politischer Reformen während

des Übergangszeitraums. Um zu gewährleisten, daß dieses Geld so effektiv wie möglich verwendet wird, überwacht der Fonds die wirtschaftlichen Fortschritte des Landes in diesem Zeitraum genau und leistet bei Bedarf die erforderliche technische Hilfe und weitere Beratung.

Der Fonds unterstützt seine Mitglieder nicht nur in dieser Weise, sondern gewährt auch technische Hilfe bei dem Aufbau von Zentralbanken, der Einführung und Reform von Steuersystemen und der Schaffung von Stellen, die Wirtschaftsstatistiken erarbeiten und veröffentlichen.“

Exportieren für die Schulden

Während der Schuldenkrise der achtziger Jahre bestand die Rolle des Fonds darin, zu verhindern, daß ein Schuldnerland die Schuldenzahlungen eingestellt hätte und das internationale Finanzsystem ins Wan-

Das Mount Washington Hotel. Schauplatz der Konferenz von Bretton Woods via Wikimedia Commons



ken gebracht hätte. Diese Gefahr scheint gebannt, doch das IWF vertritt weiterhin die Interessen seiner wichtigsten Mitglieder und „berät“ die Under der Dritten Welt um ihnen zu helfen, ihre Schulden abzuzahlen.

Wichtigstes Instrument ist die sogenannte Strukturanpassung, an der sich auch die Weltbank mittels „Darlehensvergabe auf der Grundlage politischer Maßnahmen“ beteiligt. Bedeutender als die Darlehen ist die Unterwerfung unter ein drastisches Sparprogramm, das den Gläubigern Vertrauen einflößt und gegebenenfalls neue Kredite ermöglicht. Insbesondere werden exportorientierte Projekte gefördert, da sie die Devisen einbringen, mit denen die Schulden bezahlt werden können. Das hier angeführte Beispiel ist etwas älter, aber immer noch aktuell:

„In Brasilien beispielsweise ist seit einigen Jahren das Projekt „Carajas“ im Entstehen. Das Mammutprojekt hat einen Gesamtumfang von rund 60 Milliarden US-Dollar, das entspricht etwa siebenmal der Investitionssumme der berühmten sibirischen Gaspipeline. Carajas, im Herzen des Amazonas-Urwalds angesiedelt, enthält verschiedene Sektoren; zum einen Ausbeutung von mineralischen Rohstoffen wie Eisenerz, Kupfer, Mangan, Nickel, Zink, Chrom, Gold und Silber. Andererseits umfaßt es einen landwirtschaftlichen Sektor mit Viehzucht, Futtermittelproduktion und Produktion von Zuckerrohr zur Herstellung von Alkohol als Benzinersatz. Dieser landwirtschaftliche Sektor erstreckt sich über 10 Millionen Hektar, was mehr als zweimal die Fläche der Schweiz darstellt. Die verschiedenen Sektoren des Projekts sind in erster Linie auf die Exportproduktion ausgerichtet. Obwohl Brasilien die eigene Bevölkerung nicht ernähren kann.

„Carajas“ erhält Kredite der Weltbank von ausländischen Regierungen und natürlich von den internationalen Banken. Aus den gleichen Quellen flossen in den letzten Jahren fast unbegrenzt Gelder in Großprojekte, wie zum Beispiel in riesige Wasserkraftwerke, Atomkraftwerke, Industriekomplexe oder Tourismusprojekte. Gerechtfertigt wird diese – an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei

ziehende Entwicklung – als Strategie der außenfinanzierten Entwicklung. Mit Krediten aus dem Ausland soll eine industrielle Entwicklung vorfinanziert werden. Diese soll zusammen mit der Eingliederung in den Weltmarkt dazu führen, daß die Entwicklungsländer allmählich auf den Import von teuren Konsumgütern verzichten können. Mit dem Aufbau einer leistungsfähigen Exportindustrie sollen die Devisen erwirtschaftet werden, um die aufgenommenen Kredite zurückzuzahlen.

**IWF und Weltbank sind eine
Art Aktiengesellschaft, in denen
derjenige das Sagen hat, der am
meisten eingezahlt hat.**

Mit dem Überschuß soll die weitere Entwicklung finanziert werden – so das Ziel der Strategen. Eine solche Strategie kann aber nur funktionieren, wenn wachstums-günstige Rahmenbedingungen vorhanden sind. Unter anderem wird politische Stabilität vorausgesetzt. Bezogen auf die Situation der meisten Dritte-Welt-Länder bedeutet das im Klartext politische Unterdrückung, Diktatur oder zumindest autoritäre Ordnung. Für die Arbeitnehmer heißt das in der Regel Suspendierung von Gewerkschaftsrechten und tiefes Lohnniveau. Weiter bedingt diese Strategie möglichst freien Güter- und Kapitalverkehr, auch wenn dabei einheimische Produzenten unter die Räder kommen und ausländische Investoren die Gewinne machen, welche sie nach Belieben wieder aus dem Land abziehen können. Mit der Strategie der außenfinanzierten Entwicklung wird somit den Dritte-Welt-Ländern von den Industrienationen eine Form des Wirtschaftsliberalismus aufgezwungen, an den sich diese selbst bloß während der kurzen Freihandelsphase des 19. Jahrhunderts gehalten haben.

Dieser Entwicklungsweg, der – wie wir noch sehen werden – nur aufgrund der westlichen Wirtschaftsinteressen so bedingungslos durchgesetzt wird – dient zugleich den herrschenden Schichten in der Dritten Welt. Die kostenaufwendigen Projekte kurbeln einen kleinen Teil der Wirtschaft

massiv an und erlauben ihnen, sich daraus vielfältig zu bereichern. Mit den Krediten fließen Devisen in die Länder der Dritten Welt, die den Oberschichten die Übernahme westlicher Konsumstandards erlauben. Auch Teile der Mittelschicht können von dieser Industrieländerorientierten Wirtschaft profitieren. Chile zum Beispiel war 1981 ein bedeutender Importeur von Radios, Fernsehempfängern, Kühlschränken und Autos. Dies bei einer Arbeitslosigkeit von 35%. Für die Unterschichten bringt die „außenfinanzierte Entwicklung“ offensichtlich keinen Nutzen. Sie zerstört vielmehr Arbeitsplätze in den traditionellen Wirtschaftsstrukturen, ohne dafür ausreichenden Ersatz zu schaffen.“

Geld regiert die Welt

IWF und Weltbank sind eine Art Aktiengesellschaft, in denen derjenige das Sagen hat, der am meisten eingezahlt hat. In beiden Gremien halten die OECD-Staaten die Stimmenmehrheit. Beide Institutionen vertreten die Interessen ihrer Hauptaktionäre, aber mehr noch die Interessen von einem Abstraktum, dem Geld.

„[Es] zeigt sich, wie Geld die Welt regiert, wie mit Geld über Armut und Luxus, über Hunger und Überfluß, über Tod und Leben entschieden wird. Das Sprichwort vom Geld, das die Welt regiert, enthält aber nur die halbe Wahrheit. Nicht das Geld an sich regiert, sondern die hinter dem Geld stehenden Interessen. Wer also, welche Interessen stehen hinter dem Geld, wer regiert das Geld und somit die Welt?

Offizielles englisches Logo des Internationalen Währungsfonds



In erster Linie stehen hinter dem Geld natürlich die Interessen der einzelnen Geldanleger. Das Kapital soll einen möglichst großen Profit einbringen – was sonst? Entscheidend dafür, wohin das Geld fließt, ist also der einzelne private Profit, nicht die gesamtwirtschaftliche oder soziale Nützlichkeit der Anlage. Wären hingegen letztere Kriterien ausschlaggebend, so würden all die Josés in der Dritten Welt Kapital als Starthilfe erhalten, könnte eine tragende Entwicklung in Ganggesetzt werden. Arbeitsplätze würden geschaffen, Grundnahrungsmittel für die breite Bevölkerung produziert, Impulse für das Kleingewerbe gegeben etc. Das Geld würde also einen hohen sozialen und gesamtwirtschaftlichen Ertrag abwerfen, wobei der Profit für die Geldgeber allerdings bescheiden ausfallen würde. Deshalb investieren die Anleger ihr Geld lieber in "Exportad"-Projekte, die zwar sozial und gesamtwirtschaftlich schaden, dafür aber kurzfristig hohe Gewinne garantieren.

Wie zynisch dabei zum Beispiel von den internationalen Banken kalkuliert wird, zeigt folgende, vor einiger Zeit in einer Bank-Fachzeitschrift festgehaltene Überlegung: Für die Finanzinstitute sei es bedeutungsvoll, „ob ein Land für zwei, fünf oder zehn Jahre kreditwürdig“ sei, denn „die Prognose größerer Unsicherheit in fünf Jahren kann durchaus rechtfertigen, daß noch drei Jahre lang mit diesem Land Geschäfte gemacht werden können.“

Diese Betrachtung, ohne die keine "optimale Dispositionsgrundlage" möglich sei, kann im Klartext auch so ausgedrückt werden: Aussaugen bis auf's Blut und dann den Wirt wechseln. Oder: Nach uns die Sintflut, wir haben unsere Profite ins Trockene gebracht. Nun befinden wir uns alle letztlich auch unter den Geldanlegern, sei's durch den privaten Sparbatzen auf der Bank, sei's durch zwangsgesparte Pensionskassengelder. Dazu, was mit dem Geld geschieht, haben wir kleinen Sparer und Sparerinnen im Gegensatz zu den Groß-Anlegern allerdings nichts zu sagen. Mit dem von uns geliehenen Geld arbeiten die Banken als ob es ihr eigenes wäre und geben es nach ihren eigenen Profitüberlegungen weiter. Dadurch wird eine sehr grundsätzliche Handlungsebene deutlich: wenn wir an-

Martin Luther: Zu den multinationalen Kapitalgesellschaften:

„Von den Gesellschaften sollte ich wohl viel sagen, aber es ist alles grund- und bodenlos mit lauter Geiz und Unrecht, daß nichts daran zu finden ist, was mit gutem Gewissen zu behandeln sei. Denn wer ist so einfältig, der nicht sieht, wie die Gesellschaften nichts anderes sind als bloße Rechte Monopole. Diese verbieten auch die weltlichen heidnischen Rechte als ein öffentliches schädliches Ding aller Welt; ich will von göttlichem Recht und christlichem Gesetz schweigen. Denn sie haben alle Ware unter ihren Händen und machens damit, wie sie wollen, und treiben ohne alle Scheu die obenberührten Stücke, daß sie (die Preise) steigern oder erniedrigen nach ihrem Gefallen, und drücken und verderben alle kleinen Kaufleute, gleichwie der Hecht die kleinen Fische im Wasser, gerade als wären sie Herren über Gottes Kreaturen und frei von allen Gesetzen des Glaubens und der Liebe.

Deshalb darf niemand fragen, wie es mit gutem Gewissen in den Gesellschaften sein könne. Kein anderer Rat ist als: laß ab, da wird nichts andres draus. Sollen die Handelsgesellschaften bleiben, so muß Recht und Redlichkeit untergehen. Soll Recht und Redlichkeit bleiben, so müssen die Handelsgesellschaften untergehen.“

dere Vorstellungen über sinnvolle Anlagen haben, müssen wir die Verantwortung für unser Geld selber übernehmen und der Bank gegenüber durchsetzen, was natürlich ein äußerst mühsamer und langwieriger Weg ist. Solange aber die Geldanlage Privatsache der Banken bleibt, solange die Anlagekriterien nicht in irgendeiner Weise breiter demokratisch abgestützt werden, so lange werden die kurzfristigen Profitinteressen immer über den sozialen Nutzen hinausschwingen.

Verschuldung heißt somit nicht nur Abhängigkeit von den einzelnen privaten Geldgebern, sondern auch von den westlichen Industrieländern, die hinter dem starken Geld stehen.

Geld, Schulden und Macht

Geld ist ein Machtmittel, und die Macht ist in den Händen – ja wessen? Liegt sie bei der internationalen Hochfinanz? Bei den westlichen Regierungen? Bei IWF und Weltbank? Schwer zu sagen, denn ihre Interessen gleichen sich, und oft handelt es sich um Personen aus dem gleichen Pool, wie Lawrence Summers, ehemaliger Chef-Ökonom der Weltbank und jetziger Unterstaatssekretär im US-Finanzministerium nachwies. Auf wessen Kosten diese

Macht ausgeübt wird, ist einfacher zu beantworten.

„Geld ist nicht gleich Geld. Mit Mali-Franc, Kenya-Schilling, argentinischem Peso oder nepalesischer Rupie läßt sich auf dem Weltmarkt nichts kaufen. Hinter diesem Geld, respektive diesen Währungen, stehen schwache Länder und Volkswirtschaften. Um auf dem Weltmarkt mitmachen zu können, müssen sich diese Länder starkes Geld, das heißt Währungen, hinter den wirtschaftlich starke Länder stehen, besorgen: US-Dollar, D-Mark, Yen, englische Pfund, Schweizer Franken usw.

Verschuldung heißt somit nicht nur Abhängigkeit von den einzelnen privaten Geldgebern, sondern auch von den westlichen Industrieländern, die hinter dem starken Geld stehen. Damit wird das Geld auch zum Medium, um die wirtschaftlichen und politischen Interessen der westlichen Welt in den verschuldeten Ländern durchzusetzen.

Die koloniale Vergangenheit hat in der Dritten Welt deformierte Wirtschaftsstrukturen hinterlassen, das heißt, daß die Wirtschaft einseitig auf den Export billiger Rohstoffe in die Industrieländer ausgerichtet ist. Die gleichzeitige Vernachlässigung der einheimischen Produktion führt dazu, daß viele Güter teuer aus den

Industrieländern importiert werden müssen. Diese Arbeitsteilung liegt natürlich im Interesse der westlichen Welt. Die Verschuldung gibt ihr die Möglichkeit, die Entwicklungsländer an diesen deformierten Strukturen festzubinden, ja diese sogar noch zu verstärken. Um die Devisen für den immer starker anwachsenden Schuldendienst zu erwirtschaften, müssen sich die Länder der Dritten Welt immer stärker auf den Exportsektor konzentrieren. Es ergibt sich ein eigentlicher Exportwettlauf der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt, vor allem bei den Rohstoffen. Da die Nachfrage bei den Rohstoffen aber nicht entsprechend zunimmt, kommt es zu einer Überschwemmung des Weltmarktes und zu Preiszusammenbrüchen bei den entsprechenden Gütern. Die Verschlechterung der Austauschverhältnisse wird durch die Verschuldung also noch massiv verstärkt.

Je stärker die Verschuldung eines Landes anwächst, desto direkter können die westlichen Gläubigerländer ihre Interessen durchsetzen, wodurch die nationale Souveränität des verschuldeten Landes zur Farce wird. Im vorigen Jahrhundert reagierten die Gläubiger auf Zahlungsschwierigkeiten eines Schuldenlandes meistens mit unverhüllter Kanonenbootpolitik. Als ehemals gebräuchliche Maßnahmen zählt der amerikanische Ökonom Charles Kindleberger etwa auf: militärische Interventionen, Übernahme der Zollhoheit, Auferlegen von Kapitulationen oder Übernahme von Teilen der staatlichen Verwaltung durch ausländische Gläubigergemeinschaften. Derart unverhüllt können die Gläubiger heute zwar nicht mehr handeln, die grundsätzlichen Mechanismen zur Sicherung der Gläubigerinteressen haben sich allerdings kaum verändert.

Vor allem setzen die westliche Gläubigerländer heute den IWF zur Durchsetzung ihrer Interessen ein. Die Konditionen der IWF-Beistandskredite greifen bis in Details der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Formal geschieht dies über "freiwillige" Absichtserklärungen der mit dem IWF verhandelnden Regierungen. Faktisch aber ersetzt der IWF die Kriegsschiffe und Armeen des 19. Jahrhunderts, die IWF-Sanierungsprogramme stellen die Fortsetzung der Kanonenbootpolitik mit modernen Mitteln dar.

(April 1994)

Alle Zitate bis auf das erste stammen von Tobias Bauer/Hanspeter Schmidt: „Nehmen wir an er heißt José... Geld – Macht – Dritte Welt“, in: Geld regiert die Welt, hg. von A. Schmidt-Biesalski/Günter Banzhaf, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1985.

Der Hauptsitz der Weltbank in Washington DC via Wikimedia Commons



Jeff Schinker

Get off my bag – Vers une éthique de la voracité

On l'a répété jusqu'à plus faim, nous vivons un stade dit tardif du capitalisme. Il n'y a plus d'alternatives à ce système économique implanté là comme une moule greffée sur son rocher. Quand ils ne sont pas portés aux extrémismes, les partis politiques se ressemblent tous, puisqu'ils doivent se plier aux aléas d'un système économique unique et sans perspective utopique. Les partis socialistes font une politique de droite, la classe ouvrière est disséminée, annulée et souvent, elle vote à droite. Les riches ont tout à dire, la classe moyenne rêve de les côtoyer mais se contente d'admirer leur prospérité en menant une vie qui mime celle du fameux un pour cent, dînant à la brasserie un jour par semaine pour ensuite se nourrir de surgelés.

La littérature de cette rentrée le confirme. Dans *L'hiver du mécontentement*¹, Thomas B. Reverdy décrit l'avènement de l'ère thatchérienne et l'échec de la Labor Party à faire face à l'effondrement d'une classe ouvrière sans emploi depuis la fin de l'industrialisation. Candice, l'héroïne du roman, note dans un agenda sa vision de la suite des choses :

« Oh oui, l'Angleterre va se redresser. Les banquiers vont se redresser. Les actionnaires et les hommes d'affaires, les actionnaires et les courtiers vont se redresser. Les avocats fiscalistes. Toute la City va tellement se redresser qu'on aura l'impression qu'elle bande. Le reste, on va le liquider. Privatisations, faillites en série, licenciements massifs. Ce sera les grands soldes d'hiver, avant changement de collection.

Le nivellement de la société en hiérarchies distribuées selon le salaire et le pouvoir reste similaire au modèle sociétal des balbutiements du capitalisme...

La crise s'installera. Elle deviendra un moyen de gouverner. [...] Les chômeurs seront de plus en plus nombreux. Mais ils seront de droite. » (Reverdy, 2018 : 176) C'est ce monde prédit par Candice que décrit Nicolas Mathieu dans *Leurs enfants après eux*². Le nivellement de la société en hiérarchies distribuées selon le salaire et le pouvoir reste similaire au modèle sociétal des balbutiements du capitalisme, à l'exception près qu'on a réussi à désolidariser la classe ouvrière après la fermeture des hauts-fourneaux qui leur avaient fourni boulot, salaire et rhumatismes, à créer envie et mépris dans la classe moyenne et à

brouiller les codes de l'organisation sociale à la tête de laquelle quelques élites structurent le monde de façon que le pouvoir restera dans les mains de ceux qu'ils désigneront comme leurs dignes successeurs.

« Les décideurs authentiques passaient par des classes préparatoires et des écoles réservées. La société tamisait ainsi ses enfants dès l'école primaire pour choisir ses meilleurs sujets, les mieux capables de faire renfort à l'état des choses. De cet orpaillage systématique, il résultait un prodigieux étayage des puissances en place. Chaque génération apportait son lot de bonnes têtes, vite convaincues, dûment récompensées, qui venaient [...] consolider l'architecture monstre de la pyramide hexagonale. » (Mathieu, 2018 : 245-6)

Les œuvres de Reverdy et de Mathieu le montrent : écrire un roman sur le monde contemporain implique d'écrire une fiction sur l'argent et le pouvoir, d'en faire la symptomatologie en mettant sur le devant de la scène romanesque le noyau d'un monde entièrement capitalisé – le monde du travail. Si maint roman retrace l'histoire récente du capitalisme, il risque de faire preuve d'une certaine laideur dès lors qu'il se confond par trop avec le réel qu'il évoque. Car l'univocité du système néolibéral n'atteint pas que la politique – elle resserre aussi les capacités imaginatives des auteurs dans des étaux.

Jeff Schinker, né en 1985, a étudié la littérature comparative à l'Université de Paris-Sorbonne Paris IV et l'Université du Luxembourg. Il est écrivain et dirige les pages culturelles du Tageblatt.

Poursuivant cette histoire critique du capitalisme en allant au-delà des années 90 où la nouvelle méritocratie se met définitivement en place, *Bleeding Edge*³ de Thomas Pynchon montre comment, avec l'avènement d'Internet, a lieu un coup d'écrou supplémentaire, les investisseurs détournant le potentiel utopique d'Internet pour le faire réinvestir par l'argent et le pouvoir. Anne Cauquelin affirme, dans son essai *A l'angle des mondes possibles*⁴, que le potentiel utopique d'univers virtuels persistants initialement non colonisés (l'on peut penser à *Second Life*) par l'économie de marché et que les utilisateurs peuplaient d'existences alternatives, décomplexées, ludiques, a vite été ruiné par l'émergence du monde physique.

Pynchon met au cœur de *Bleeding Edge* un espace utopique dont on peut observer la lente accapARATION par le capital : tout comme les espaces vierges ou non gentrifiés de New York City succombent à l'appât du gain des constructeurs et du marché de l'immobilier, le projet d'un univers virtuel baptisé *DeepArcher* succombe lui aussi progressivement à l'alignement sur le système capitaliste avec le surgissement de promoteurs et d'investisseurs.

Une des conséquences en est que la distinction entre les mondes virtuels et le réel, comme le dit Cauquelin, devient inopérante : il n'importe plus vraiment à quel niveau les transactions sociales et financières se font. Les différentes couches virtuelles mettent à disposition des reproductions exactes du monde actuel, dont ils ne se distinguent pas – ils en constituent des prolongements, des outils. Cauquelin décrit ce parcours quand elle évoque le passage du début d'Internet et la pratique du cyberspace, qui « *s'inspire [alors] des principes contre-culturels d'expérimentation et de partage* » à l'étape suivante, qui voit apparaître « *propriété et richesse, banques et lois* » (Cauquelin 2010 : 170).

De l'importation de ce modèle de société hypercapitaliste dans les mondes virtuels découle une profonde modification de nos interactions sociales. Depuis au moins 2010, Internet n'est plus seulement le portail d'un monde virtuel qui prolonge le nôtre – il est devenu l'aire principale

de nos activités. Il est aussi devenu un gigantesque terrain où on peut donc tirer quelque chose de l'autre – du pouvoir, de l'argent, des informations – en étant simplement *aimable*.

Dans le roman *Geisterbahn*⁵ d'Ursula Krechel, l'héritière future d'une entreprise hôtelière florissante fait une observation similaire :

« Das Hotel, das sie erben wird [...] ist ein Hort der Servilität. Bitte, danke und gerne geschehen, lauter Peinlichkeiten, mit denen ein Geschäft geschmiert wird. Alles ist berechenbar und wird still und leise berechnet, versteckte Kosten, die in den kleinen Aufmerksamkeiten stecken. [...] Der Gast ist König, jedenfalls soll er das glauben. Aber der Hotelier ist sein Regent [...], der ihn leitet und ihm das Geld aus der Tasche zieht. Der Gast ist ein gänzlich unmündiger König, aber er soll es nicht wissen, wie alle Unmündigen. » (Krechel, 2018 : 126)

C'est cette économie de l'échange qui gouverne tout, surtout les réseaux sociaux, et qui nous amène vers une éthique étrange, où l'on a du mal à détecter le véritable respect pour l'autre, car l'on pourrait très bien ne respecter l'autre que pour y gagner en retour.

La politesse engendre des sous : c'était déjà vrai à l'époque où le personnage de Grit Berghausen se fait ces réflexions. S'occuper de l'autre, dans cette branche millénaire de l'hôtellerie, n'a rien d'une véritable faveur, n'a rien à voir avec une quelconque éthique du soin : il s'agit d'un échange pur et dur. Aujourd'hui, la prestation de service a gagné du terrain, est partout. Cela fait déboucher sur un monde où tout un chacun est affreusement mielleux, fait étalage d'une gentillesse hyperbolique, comme si on vivait dans un gigantesque magasin de confiseries. Le modèle à l'américaine – efficacité et sourire pub pour dentifrice – est tel qu'on se met à éprouver de la nostalgie pour les serveurs immondes qui, Place de la Sorbonne, vous jetaient à la figure, avec votre addition et des insultes sur

le bout de la langue, votre espresso. Ce qui vient à faire défaut, comme l'aurait dit David Foster Wallace, c'est l'authenticité. C'est la déformation que font subir au monde le pouvoir et l'argent dans leur incarnation actuelle. Le pire, c'est qu'on se s'étonne plus de vivre dans un monde où chacun devient une marchandise pour l'autre.

C'est cette économie de l'échange qui gouverne tout, surtout les réseaux sociaux, et qui nous amène vers une éthique étrange, où l'on a du mal à détecter le véritable respect pour l'autre, car l'on pourrait très bien ne respecter l'autre que pour y gagner en retour. Tout devient calcul, la possibilité de l'éthique finit muselée par la logique du marché. Les relations sociales, dans ce contexte, sont devenues explicitement bourdieusiennes : tout y est capitalisé. L'on souhaite un bon anniversaire au premier venu, pourvu qu'on nous écrive en retour. Rien n'est plus gratuit. Les réseaux sociaux sont contaminés jusqu'au vocabulaire par cette commercialisation de tous et de toutes : on « aime » et on s'« intéresse » à plein de choses, par politesse, pour ne pas être écarté quand vient notre tour d'organiser quelque événement dont on aimerait que les autres s'y intéressent, quand nous voulons à notre tour être remarqués.

L'économie de marché a investi le socle même de nos relations sociales. Le seul changement, c'est, comme Deleuze l'avait prédit, l'oscillation des positions, la fluctuation des rôles. Nous sommes tous tour à tour dans le rôle de l'hôtelier qui exploite et dans celui du client qui se croit roi quand il est bien traité alors qu'il sait pertinemment, pour avoir déjà endossé le rôle de l'hôtelier, que c'est pour de faux.

La série « The Good Place » exemplifie assez bien cet état des choses. Par miracle, Eleanor Shellstrop, qui avait mené une vie de grande et dévouée pécheresse, est confondue après son décès avec une humanitaire homonyme et se retrouve dans un endroit appelé « Good Place ». Elle y passera son temps à escamoter son imposture pour éviter d'être envoyée en Enfer. A la fin de la première saison, elle réalisera qu'elle y a toujours déjà été : l'architecte diabolique de cet au-delà a créé un simu-

lacre de monde paradisiaque où, derrière les sourires figés et la pression d'être à la hauteur, les quatre personnages principaux vivent une torture psychologique incessante, n'osant avouer leur incapacité à être aussi bons qu'on l'attend d'eux.

Outre l'ingéniosité du dispositif narratif, la série reflète fidèlement l'exigence de politesse de ce monde qui ne fait que cacher une voracité, une soif de reconnaissance. L'enfer de « The Good Place », c'est aussi cet enfer des mondes virtuels où chacun caresse dans le sens du poil. Où chacun vend à l'autre son acceptation. C'est la dernière étape de la commercialisation de tout. Internet et le smartphone nous ont lancé tout droit dans un monde où plus rien n'existe que la marchandise. C'est pour cette même raison que les trolls et autres *haters* pullulent sur les réseaux sociaux : c'est le retour du refoulé dans un monde qui va vers une hystérie maximale et où déclarations de haine anonymes côtoient les sourires de façade.

Même dans le domaine de l'art, ça devient frappant. Tout le monde est en courbettes, tout le temps. La gentillesse règne. Avec insistance. Car au-delà des compliments mutuels, l'autopromotion est insistante : on a bien quelque chose à vendre. Chacun est devenu un témoin de Jehovah, gueulant plus fort que l'autre, se confondant en effusions. La valeur de la marchandise en question finit par ne plus importer du tout. Nous vivons désormais dans une gigantesque publicité où chacun veut s'arroger quelque parcelle de pouvoir, un petit hectare d'attention. C'est tout le pouvoir du capital de nous pousser à la génuflexion, puisque sans cette politesse qui en retour nous paie en politesse, nous avons l'impression de ne plus exister. Nous communiquons pour signaler à l'autre que nous existons, que nous sommes prêts pour un échange commercial. En attendant, s'en nourrissent évidemment l'industrie des publicités personnalisées et les fournisseurs de

la hardware – smartphones, ordinateurs fournissent le support de notre nouvelle addiction de l'attention. Au-delà de ce pur aspect pécunier, c'est à un niveau plus grave où le capital se paie de nos gueules, puisqu'en nous rendant tous égaux devant la grande entreprise de devenir-publicité, il nous fait abdiquer notre dignité pour nous forcer à devenir de vulgaires colporteurs de nous-mêmes. Dans tout ça, par riposte, la littérature doit jouer sur son insolence, sa subversion, sa liberté.

1 Thomas B. Reverdy, *L'hiver du mécontentement*, Paris, Flammarion, 2018.

2 Nicolas Mathieu, *Leurs enfants après eux*, Paris, Actes Sud, 2018.

3 Thomas Pynchon, *Bleeding Edge*, Penguin Press, 2013.

4 Anne Cauquelin, *A l'angle des mondes possibles*, Paris, PUF, 2010.

5 Ursula Krechel, *Geisterbahn*, Salzburg, Jung & Jung, 2018.

Néons publicitaires au Times Square à New York

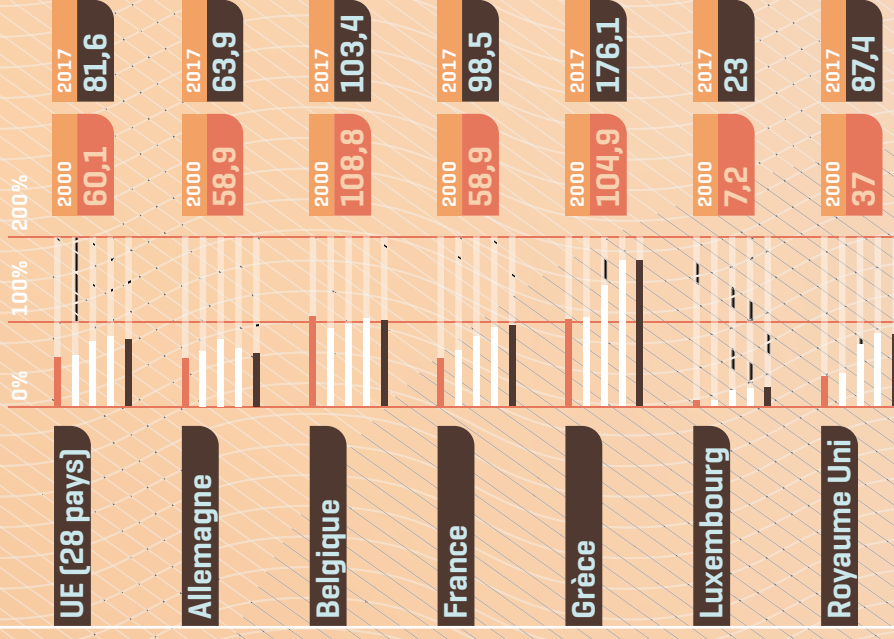
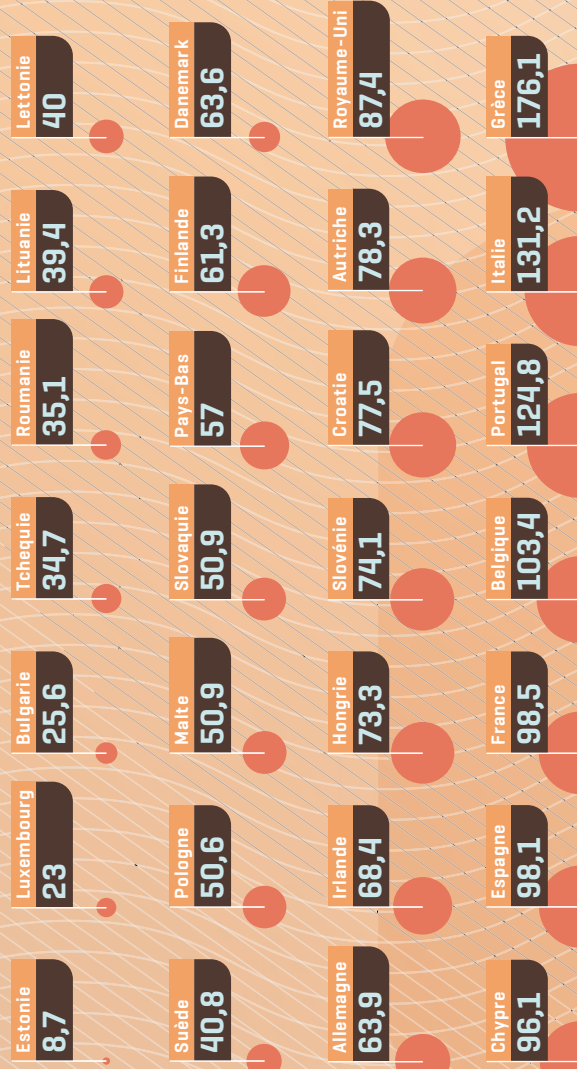


MONEY OFTEN COSTS TOO MUCH.

Ralph Waldo Emerson

La dette publique brute en Union européenne en pourcentage du produit intérieur brut (PIB)

2017



L'évolution de la dette publique de l'UE

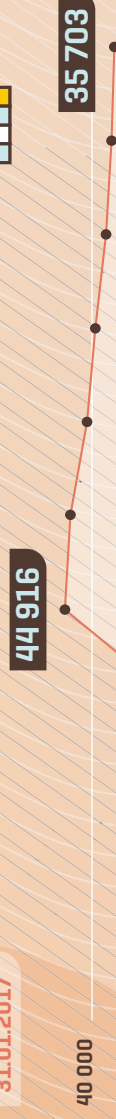
Le nombre de banques au Luxembourg

31.12.2017

en 2000	202	-
en 2010	145	>
en 2017	139	>

La bourse de Luxembourg

31.01.2017



L'origine des banques au Luxembourg

31.05.2017



33

24

15

13

11

10

7

7

7

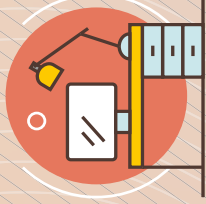
6

5

Allemagne
France
Chine
Suisse
Lux. & Belgique
Italie
Royaume-Uni
Suède
Japon
USA
Autres pays

Les activités financières au Luxembourg

31.12.2017



Personnes occupées ...

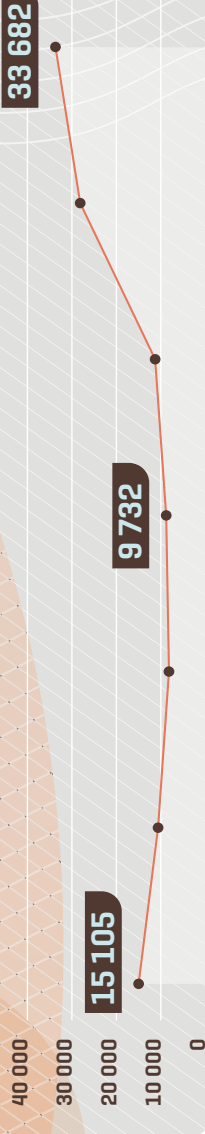
en 2000
23 035
en 2010
26 255
en 2017
26 111

... dont : femmes

en 2000
10 613
en 2010
12 040
en 2017
11 857

L'évolution de cours d'un Lingot

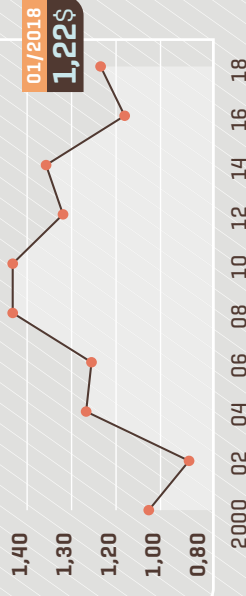
Lingot = 1 kg d'Or fin (999,0/1000) en EUR/unité



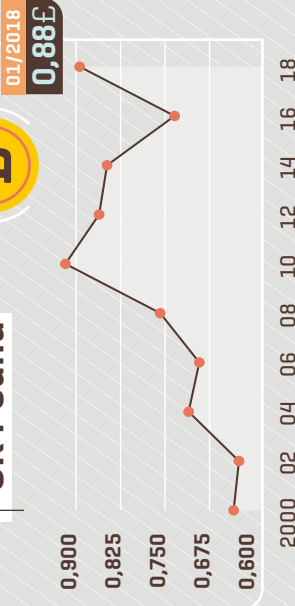
L'évolution de l'Euro depuis 1999



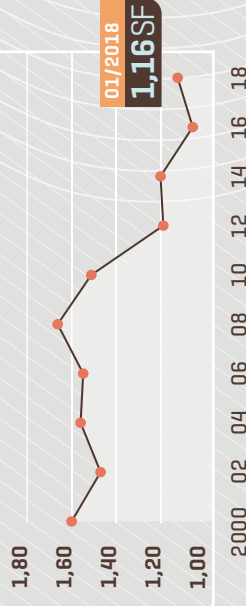
US Dollar



UK Pound



Swiss Franc



IT IS NOT THE MAN WHO HAS TOO LITTLE, BUT THE MAN WHO CRAVES MORE, THAT IS POOR. Seneca

Luc Belling / Marc Birchen

AAA– eine Erläuterung der Infographik

Während der Großteil der Artikel dieses Dossiers das Konzept „Geld“ unter diversen, zum Teil sehr ausgefallenen, Gesichtspunkten beleuchtet, wählt die vorliegende Infographik einen eher klassischen Ansatz. Luxemburg wird seit dem Aufschwung des tertiären Sektors in seiner Innen-, aber vor allem Außendarstellung unweigerlich mit den Phänomenen *Geld* und *Bankenwesen* in Verbindung gebracht, wie auch zuletzt in der vielfach prämierten Serie *Bad Banks* (2017; Letterbox Filmproduktion und Iris Productions) eindrucksvoll, mit teilweise vielen gängigen Klischees dieses Sektors, dargelegt wurde.

Trotz verstärkter Bemühungen seitens der Regierung und anderer Akteuren, um eine größere Wirtschaftsdiversifikation zu erreichen, gilt der Finanzsektor nach wie vor als wichtigster ökonomischer Motor des Landes. Dennoch wurde, besonders wegen seiner internationalen Vernetzungen, auch der hiesige Finanzplatz von der sich seit 2007 ausbreitenden Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen: Im Vergleich zum Jahr 2000 ist die Anzahl der Banken in Luxemburg um ein Viertel gesunken. Diese Entwicklung ist jedoch differenziert zu betrachten, denn gleichzeitig stieg die Anzahl der Beschäftigten im luxemburgischen Finanzwesen leicht an, bevor sie seit 2010 praktisch stagniert. Demnach sind heute, im Vergleich zu Beginn des

Jahrhunderts, mehr Beschäftigte auf weniger Banken verteilt.¹ Ein Blick auf die Angestellten des Bankenwesens zeigt, dass die Anzahl der weiblichen Beschäftigten im Verhältnis zu ihren männlichen Kollegen in den letzten Jahren gesunken ist: Machten weibliche Beschäftigte im Jahr 2000 noch knapp 46 % aus, so waren es 2017 lediglich 41,5 %, ein Rückgang von fast 5 %.² Der Großteil der Banken stammt aus den direkten Nachbarländern. Allerdings stellt China mit 13 Banken den größten Bankenanteil aus Nicht-EU-Ländern und übertrifft damit sogar die einheimischen und belgischen Banken (10 Stück).³ Die meisten dieser Banken sind im Firmenkundenkreditgeschäft tätig und dienen zudem als europäischer Knotenpunkt für die jeweiligen Mutterhäuser.⁴

Auch wenn die luxemburgische Börse durch Diversifizierung ihrer Produkte und einer primären Zuwendung zum chinesischen Markt weiterhin starke Gewinne erzielt, so scheint die Entwicklung der Anzahl der an der Börse gehandelten Wertpapiere ein Spiegelbild der Entwicklung des gesamten Finanzsektors zu sein. Seit den achtziger Jahren ist ein enormer Anstieg der gehandelten Wertpapiere, von unter 1000 Stück auf knapp 45.000 Stück im Jahr 2010, zu erkennen. Seitdem ist ein Rückgang auf nunmehr 35.000 Stück zu beobachten.⁵ Während das nationale Sta-

tistikinstitut STATEC diesen Rückgang gemessen und dokumentiert hat, sucht man einen ähnlichen Hinweis auf der Plattform Luxembourg for Finance, der Agentur zur Förderung des Finanzplatzes Luxemburg, vergeblich. Hier wird stattdessen auf die führende Stellung Luxemburgs bei der Notierung internationaler Wertpapiere sowie den attraktiven Standort verwiesen.⁶ Der Standort Luxemburg wird auch im Interview dieser Ausgabe von Finanzminister Pierre Gramegna hervorgehoben: Gerade die Aufgabe des Bankgeheimnisses hätte die Wandlungs- und Anpassungsprozesse der luxemburgischen Finanzwelt zur Beibehaltung der Attraktivität des Standortes Luxemburg beschleunigt. Dies sei auch gelungen: „*Ein Drittel aller weltweiten grünen Investitionsfonds sind heute in Luxemburg notiert, auch zwei Drittel aller Microfinancefonds sind hier.*“⁷

Finanzminister Gramegna gibt zudem seine Sicht auf die Finanz- und Investitionspolitik der EU wieder. Dabei kommt er auch auf die Staatsverschuldung zu sprechen. Tatsächlich ist diese innerhalb der EU in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Von 60,1 % des BIP im Jahr 2000 auf nunmehr 80,9 % im EU-Durchschnitt. Mit 23 % weist Luxemburg nach Estland immer noch den niedrigsten Prozentsatz innerhalb der EU auf, jedoch

ist der Anstieg von ehemals 7,2 % aus dem Jahr 2000 beachtlich. Von den Nachbarstaaten weist lediglich Belgien eine rückläufige Bilanz auf. Die höchste Verschuldung gemessen am Prozentsatz zum BIP verzeichnet nach wie vor Griechenland (176,1 %), gefolgt von Italien (131,2 %) und Portugal (124,8 %); nicht zuletzt auch ein Beleg für die Finanz- und Eurokrise seit 2007. Welche Auswirkungen die Finanzkrise auf international operierende Unternehmen haben kann, verdeutlicht Jürgen Stoldt in seinem Artikel zum griechischen Molkerei-Unternehmen Fage.⁸

In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit tendieren viele Menschen dazu, sich nach alternativen Investitionsmöglichkeiten umzuschauen. Gold wird dabei immer wieder als besonders stabile Geldanlage gehandelt. Da der Goldpreis von seiner Nachfrage bestimmt wird, sind auch hier größere Schwankungen zu verzeichnen. Während der Preis eines Goldbarrens 1985 noch bei 15.105 Euro stand, sank der Preis zwischenzeitlich auf 9.732 Euro, bevor er wieder – vor allem in den letzten Jahren – stark anstieg.⁹

Seit 2002 ist der Euro als gemeinsame Währung in 19 EU-Mitgliedsstaaten als Bargeld eingeführt. Seine Geschichte lässt sich nicht zuletzt anhand des historischen Kursverlaufs des Euros zum US Dollar, zum Britischen Pfund und zum Schweizer Franken festmachen. Zwischen 1999 und 2002 verlor der Euro gegenüber den anderen drei Währungen an Wert. Der Grund ist vermutlich auf die alleinige Existenz des Euros als Buchgeld zurückzuführen. Seit 2002 fiel die Entwicklung des Euros positiv aus. Im 2008 erreichte der Euro seinen bisherigen Höchststand von 1,5990 US-Dollar pro Euro. Auch zum Britischen Pfund und Schweizer Franken entwickelte sich der Euro bis maximal 2010 positiv. Danach setzte ein Negativtrend ein, der vor allem auf die globale Finanzkrise zurückzuführen ist. Die Krise steigerte die Nachfrage des vermeintlich sicheren Schweizer Frankens durch Anleger. Dadurch verlor der Euro gegenüber dem Schweizer Franken schnell an Wert (so zum Beispiel von 1,4326 Schweizer Franken pro Euro im Mai 2010 auf 1,1084 Schweizer Franken pro Euro im

August 2011, immerhin 22,63%). Die Schweizer Nationalbank sah sich schließlich 2011 gezwungen, einen Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro festzulegen.¹⁰ Die kurzzeitige Schwäche des Euros wurde schnell wieder ausgeglichen und die Währung blieb trotz Griechenland- und Eurokrise stabil. Den Grund hierfür sah der deutsche Finanzminister Schäuble nicht zuletzt im Vertrauen der Anleger in den Euro.¹¹ Der Wechselkurs zwischen dem Britischen Pfund und dem Euro wird in den letzten Jahren vom Brexit bestimmt. Bereits einen Tag nach dem Brexit-Votum fiel das Britische Pfund um 5 % gegenüber dem Euro (von 1,30€ auf 1,23€). Die folgenden Monate werden zeigen, welche Auswirkungen der Brexit auf den Wechselkurs zwischen Euro und Britischem Pfund haben wird.

1 STATEC, „Le Luxembourg en chiffres 2018“ (2018), S. 32.

2 Idem.

3 Idem.

4 PWC Luxembourg, Banking in Luxembourg. Trends and Figures 2016“, <https://www.pwc.lu/en/banking/docs/pwc-banking-in-lux-trends-figures-2016-de.pdf>, S. 7.

5 STATEC, „Evolution des lignes de cotations 1970-2017“, https://statistiques.public.lu/stat/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=13543&IF_Language=fra&MainTheme=4&FldrName=8&RFPPath=7

6 „Luxemburger Börse“, in: <http://www.luxembourgforfinance.com/de/luxemburger-boerse>; Luxinnovation/ Luxembourg for Finance, Surprising Luxembourg (2018), http://www.luxembourgforfinance.com/sites/luxembourgforfinance/files/lff_surprisinglux_eng_0310_0.pdf

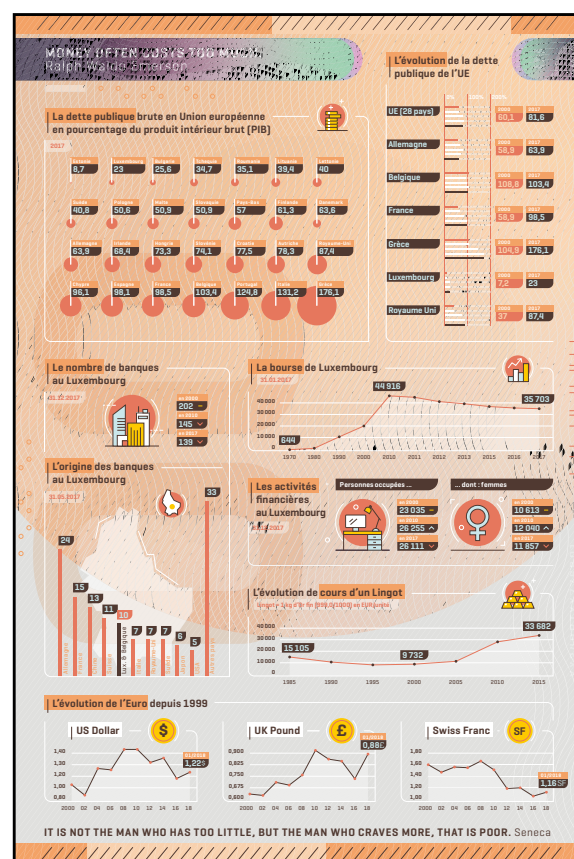
7 Yannick Lambert, „Wir haben es trotz Aufgabe des Bankgeheimnisses geschafft, attraktiv zu bleiben“, in: forum papers 2 (2018), S. xxxx.

8 Interner Verweis.

9 STATEC, „Métaux précieux en Bourse de Luxembourg 1981 - 2017“, in: https://statistiques.public.lu/stat/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=13546&IF_Language=fra&MainTheme=4&FldrName=8&RFPPath=7

10 „Nationalbank legt Euro-Mindestkurs fest“, in: NZZ vom 6.9.2011, https://www.nzz.ch/snb_legt_mindestkurs_zum_euro_bei_120_franken_fest-1.12364369

11 „Schäuble says markets have confidence in euro“, in: <https://www.reuters.com/article/us-eurozone-schaeuble/schaeuble-says-markets-have-confidence-in-euro-idUSTRE77L0LK20110822>



Glossar zum Dossier

Bedingungsloses Grundeinkommen: Im Englischen als ‚Universal Basic Income‘ bekannt. Bezeichnet im Allgemeinen die Idee, dass allen BürgerInnen in jeder Situation (bedingungslos) ein Grundeinkommen zusteht. Argumente hierfür sind, dass dies dem Wirtschaftswachstum zuträglich wäre, da dieses Geld schnell wieder ausgegeben wird und die Menschen sinnvollere Arbeit verrichten oder sich kulturellen Aktivitäten zuwenden können. Ein großer Teil des Verwaltungsaufwandes des Sozialstaates würde nebenbei wegfallen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde auch durch Verringerung von Armut und Stress (etwa bei der Arbeitssuche) der körperlichen wie geistigen Gesundheit zugute kommen. Kritiker sagen, dass das Einführen eines solchen Grundeinkommens den Sozialstaat zerstören und sozioökonomische Ungleichheiten verstärken könnte.

Blockchain: Bezeichnet eine digitale Technologie, die ohne zentrale Kontrollinstanz Informationen ordnet. Wie der Name besagt, ist eine Blockchain eine Kette. Diese besteht aus Datensätzen, die kontinuierlich wachsen können und kryptographisch und dezentral miteinander verbunden sind. Die Datensätze in einer Blockchain werden von allen dezentralisierten Instanzen (Servern) kontrolliert und bestätigt und sie können rückwirkend nicht mehr verändert werden, da man sonst in alle dezentral angelegten Datenbanken eingreifen müsste. Blockchain wird von manchen als eine ‚general purpose technology‘ wie das Internet angesehen, die unsere Wirtschaft von Grund auf revolutionieren wird, da sie das Potenzial hat, es zu dezentralisieren und Akteure ohne staatliche und private Zwischenstellen direkt miteinander zu verbinden. Die älteste und bekannteste Art von Blockchain ist die Kryptowährung Bitcoin. Blockchains könnten aber für jede oder fast jede Art von Datenbank benutzt werden. Es gibt bis jetzt noch keine allgemeine Definition von Blockchain. Die Technologie befindet sich noch in einer frühen Phase und es bleibt abzuwarten, wie sie sich weiterentwickeln und welche Anwendungen sie haben wird.

Demonetisierung: Beschreibt den Prozess, durch den eine Gesellschaft sich bewusst und/oder unbewusst von einem Zahlungsmittel ablöst. In Indien wurden im Jahr 2016 zwei größere Scheine (500 und 1000) von der Regierung Narendra Modi über Nacht abgeschafft, was vor allem ärmere Menschen schädigte, die ihr angespartes Geld bar aufbewahren. Es gibt jedoch einen weniger direkt herbeigeführten Demoneti-

sierungsprozess durch die immer stärker um sich greifende Digitalisierung. Die Digitalisierung des Zahlungsverkehrs führt, wenn nicht gesetzlich, so jedoch praktisch zur Abschaffung gewisser Zahlungsmittel. In Europa gilt Schweden beispielsweise als ein Land, das sich schon weitgehend vom Bargeld abgewendet hat – viele Geschäfte nehmen überhaupt kein Bargeld mehr an und müssen dies auch nicht. In Deutschland wird Bargeld vergleichsweise noch häufiger benutzt. Kritiker dieser Entwicklung sagen, dass Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel von großer Wichtigkeit ist, da es z.B. einen Stromausfall oder digitale Manipulation überstehen kann. Zudem wird argumentiert, dass Kinder den sorgsamsten Umgang mit Geld am einfachsten mit physischem Bargeld lernen.

Fintech: Aus dem Englischen für ‚Financial Technology‘. Sammelbegriff für u.a. technologisch entwickelte und innovative Finanzdienstleistungen und -instrumente. Der Begriff ‚Fintech‘ wird hier auch für die Unternehmen benutzt, die sich in diesen Bereichen spezialisieren. Viele dieser Unternehmen sind sogenannte Start-Ups, andere sind etablierte Finanzunternehmen, die sich durch Fintech in ihren Dienstleistungen diversifizieren. Zu Fintech gehören etwa die Nutzung von Smartphones im Finanzbereich, innovative Investitionsdienstleistungen und Kryptowährungen. Öffentliche und private Stellen haben in Luxemburg 2017 ein ‚Luxembourg House of Fintech‘ (LHoFT) gegründet, um die technologische Entwicklung des Finanzsektors zu fördern. Ziel ist es, die verschiedenen privaten Akteure, Forscher, Entwickler und staatliche Regulatoren zusammen zu bringen. Darüberhinaus fungiert LHoFT auch als Inkubator für Start-Ups, bietet Beratung für die verschiedenen Entwicklungsphasen des Unternehmens an und stellt Co-Working-Büros zur Verfügung.

Green Finance: Green Finance ist ein breites Konzept, dass jede Art von Investition (Finanzinstrument oder Kapitalanlage – einschließlich Eigenkapital, Schuld, Zuschüsse, Käufe und Verkäufe- oder Risikomanagementinstrumente) in ein öffentliches oder privatwirtschaftliches ‚grünes Projekt‘ umfasst, also die Finanzierung von umweltfördernden und klimafreundlichen Projekten, die z.B. Biodiversität aufrechterhalten oder die Solarindustrie ausbauen. 2007 ließ Luxemburg die erste grüne Finanzanleihe der Welt an seiner Börse

notieren (Luxembourg Stock Exchange). Was ein grünes Projekt jedoch darstellt, ist oft nur ungenügend definiert.

Luxemburg hat seit 2016 einen Green Stock Exchange, auf dem umweltverträgliche, soziale und nachhaltige Finanzanleihen gelistet werden. Mehr als 50 % aller weltweiten „grünen“ Finanzanleihen sind in Luxemburg notiert, was das Land zur Green Finance Hauptstadt der Welt macht.

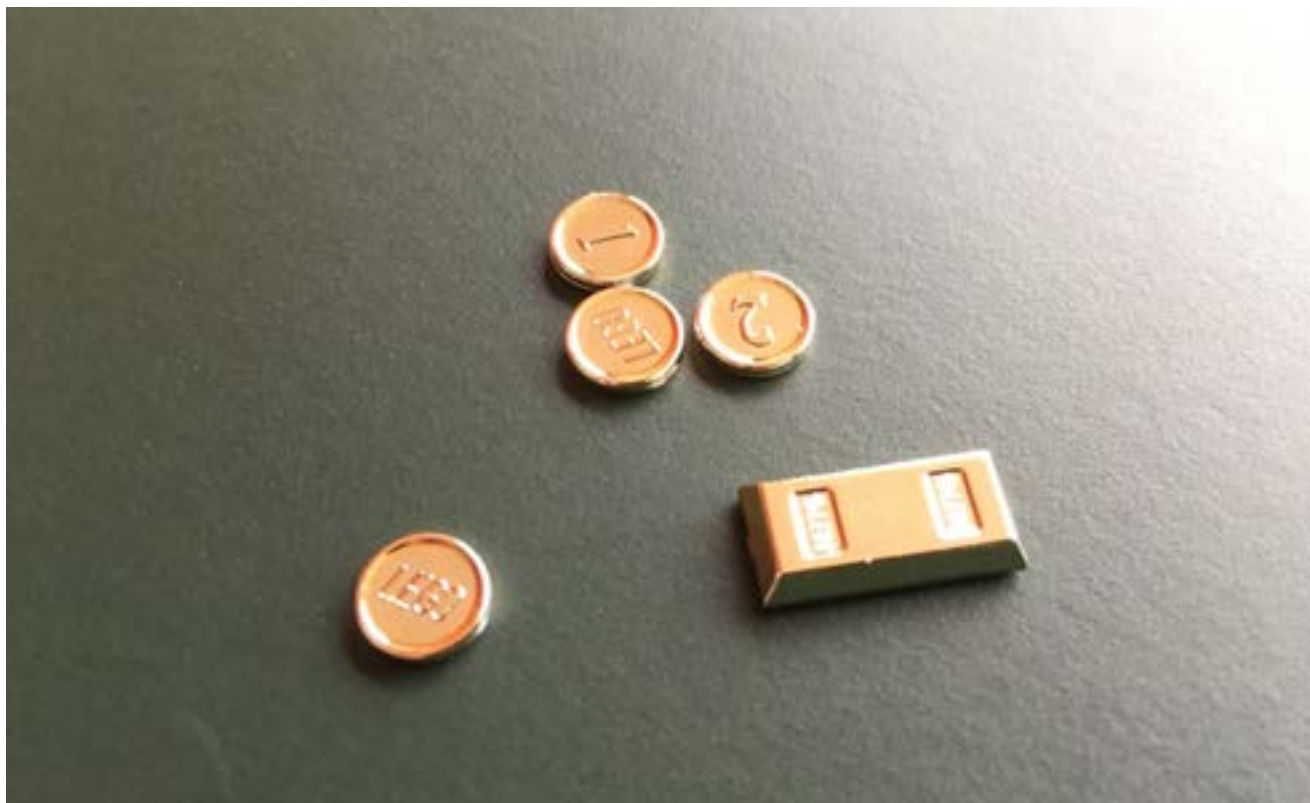
Kryptowährung: Sammelbegriff für digitale Zahlungsmittel, die über Blockchains und deren digitale Signaturen laufen. Kryptowährungen sollen dezentral (verteilt), unabhängig und sicher sein. Die wohl bekannteste Kryptowährung ist Bitcoin. Während die meisten Kryptowährungen private Schöpfungen sind, die zentrale staatliche Instanzen umgehen, hat Venezuela laut Eigendarstellung mit dem *Petro* eine eigene Kryptowährung eingeführt, um die Wirtschaftslage und vor allem die Ölindustrie zu stabilisieren. Kritiker meinen, dass Kryptowährungen Kriminellen sowie ‚Schurkenstaaten‘ zugute kommen würden. So wird zum Beispiel Nordkorea nachgesagt, sich mit Kryptowährungen zu finanzieren. Zudem gäbe es auch die Gefahr des Hacking und der Manipulation, die durch die Dezentralisierung eventuell leichter auszuführen wäre. Verfechter von Kryptowährungen betonen jedoch die Unabhängigkeit, die man von staatlichen und finanziellen Zentren erreichen kann, sowie die Gewährlei-

stung von Datenschutz, Schutz gegenüber Betrug, demokratischer Zugang sowie universelle Anerkennung, die politischen Unsicherheiten und Mächten gegenüber immun wäre. Luxemburg hat versucht, Kryptowährungen einen ersten regulatorischen Rahmen zu geben durch die Lizenzierung der Bitstamp Bitcoin-Börse.

Microfinance: Beschreibt die finanziellen Dienstleistungen, sei es Kredite, Versicherungen, Überweisungen, Spargbücher oder Pensionen, die Menschen zu Verfügung gestellt werden, die von normalen Banken und Finanzinstitutionen aus einer Reihe von Gründen nicht bedient werden. Mikrofinanz ist vor allem ein Instrument der Entwicklungshilfe und -politik, das es ermöglicht, Wirtschaftswachstum in ärmeren und ländlicheren Teilen der Welt anzukurbeln. So können damit kleine Betriebe finanziert, Privatpersonen unterstützt oder, wie zum Beispiel in Indien, Frauen ermächtigt werden, in dem sie durch Mikrofinanz Zugang zu mehr finanzieller Unabhängigkeit und zu Krediten haben. Luxemburg stellt mit 61 % (Stand 2015) den weltweit größten Anteil an Mikrofinanzmitteln zur Verfügung. Die luxemburgische Entwicklungshilfe konzentriert sich dabei hauptsächlich auf die Armuts- und Hungerbekämpfung, die Unterstützung von Frauen, sowie den Zugang zu finanziellen Mitteln im ländlichen Raum. Seit 2007 verfügt das Land über ein ‚House of Microfinance‘.

Yannick Lambert

Lego-Geld © Olivier Treinen



Notizen

[illegible]

This image shows a single sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

Vorherige Ausgabe



forum papers

Politik, Gesellschaft und Kultur in Luxemburg -
zusammengestellt für den Unterricht

Gegründet: 2018

Herausgeber: forum ASBL und SCRIPT

Durchschnittliche Auflage: 1 000 Exemplare

8-10 Ausgaben im Jahr

ISSN Printversion: 2658-9575

ISSN digitale Version: 2658-9583

Verantwortliche Herausgeber

Luc Belling, Marc Birchen

Koordination

Luc Belling, Marc Birchen, Samra Cindrak

Autoren dieser Ausgabe

Luc Belling, Marc Birchen, Philip Birget, Samra Cindrak,
Alexander Feldmann, Max Hilbert, Raymond Klein,
Yannick Lambert, Jeff Schinker, Jürgen Stoldt, Jan Vetter

Interviewpartner dieser Ausgabe

Pierre Gramegna

Karikaturen

Carlo Schmitz

Cover

Fernando Alves

Druck

exegroup.eu

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck und elektronische
Verbreitung von *forum*-Beiträgen nur mit ausdrücklicher
Genehmigung. © 2019 by forum asbl und SCRIPT

1, rue Mohrfels, L-2158 Luxembourg

Tel.: 42 44 88 (Montag bis Freitag, 9-12 und 14-17 Uhr)

E-Mail: forumpapers@pt.lu | www.forumpapers.lu |

Twitter: [@forum_lu](https://twitter.com/forum_lu) |

Facebook: www.facebook.com/forum.Luxembourg

Avec le soutien financier du Ministère de la Culture

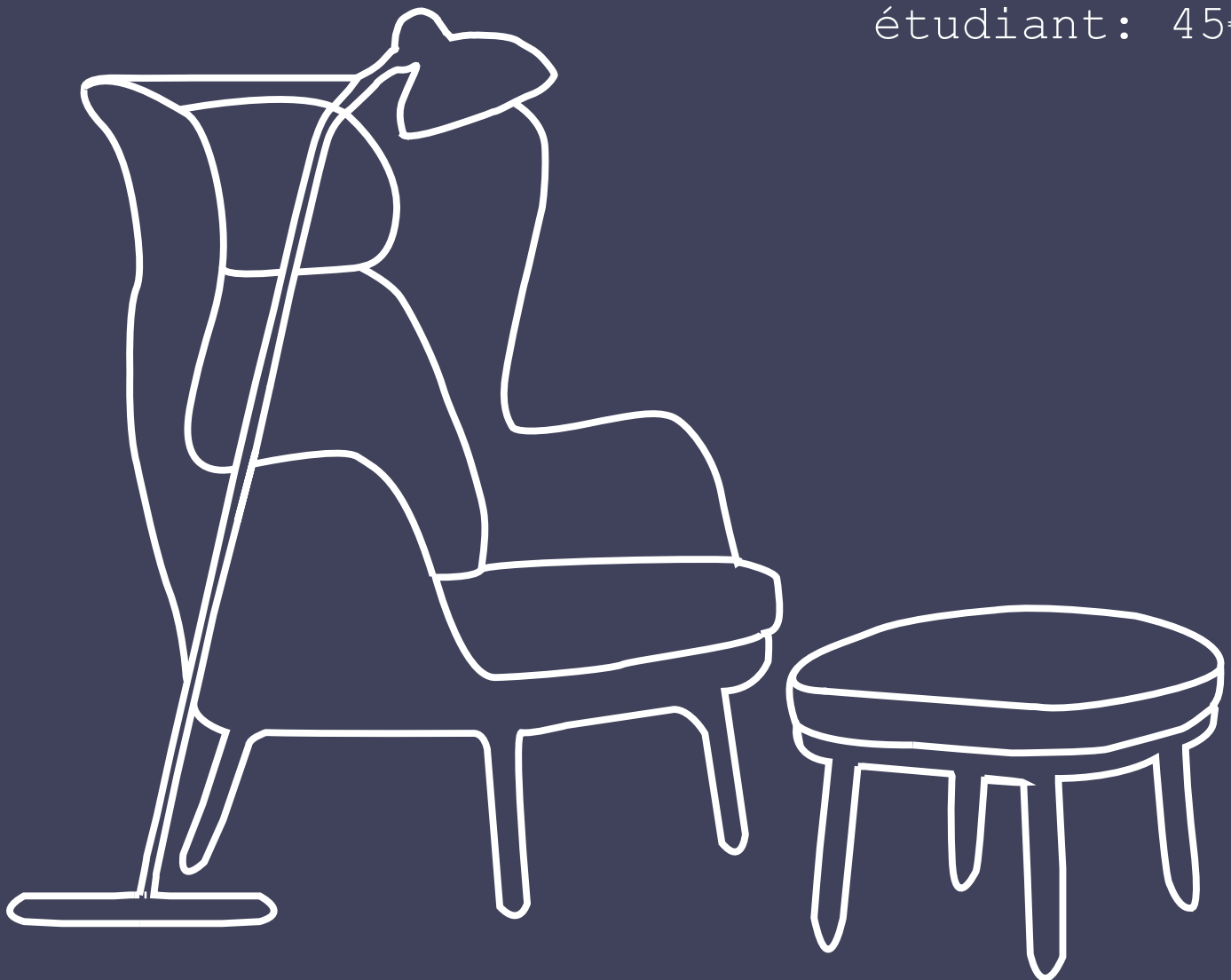


Participatory slow journalism

Abonnements

11 numéros: 65€

étudiant: 45€



Commandes :
office@forum.lu

www.forum.lu

42 44 88



multi-script.lu

Service de Coordination de la Recherche
et de l'Innovation pédagogiques et technologiques